



**Protokoll der 7. Sitzung des Gemeinderates Frauenfeld
vom Mittwoch, 11. Dezember 2019, 16:00 Uhr im Rathaus**

Vorsitz: Gemeinderatspräsidentin Severine Hänni

Namensaufruf: 40 anwesende Mitglieder

Entschuldigt:

Mitanwesend: 5 Stadtratsmitglieder

**Gemeinderatssekretär-
Stv:** Urban Krattiger

- - -

Traktanden

- 34 Mitteilungen
- 35 Protokoll der Sitzung vom 13. November 2019
- 36 Budget der Stadt Frauenfeld, der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park für das Jahr 2020 (inkl. Kenntnisnahme Finanzplan 2021 bis 2023 der Stadt Frauenfeld, der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park gem. Antrag 6 der Botschaft)
Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung

Gemeinderatspräsidentin Severine Hänni (SVP): Sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, geschätzte Damen und Herren Besucher auf der Galerie, geschätzte Medienvertreter, ich begrüsse Sie herzlich zur heutigen Gemeinderatssitzung.

Auch wenn die Zeit heute etwas drängt, möchte ich es nicht unterlassen euch wieder auf die Highlights des kommenden Wochenendes hinzuweisen.

Am Samstag um 17.30 Uhr hat der EHC Frauenfeld sein letztes Heimspiel in der Eishalle in Frauenfeld. Weiter spielt am Samstag um 17.30 Uhr die Damenmannschaft und anschliessend die Herrenmannschaft des Basketballteams Frauenfeld in der Kantonsschule.

Am 22. Dezember findet in der Kantihalle der Unihockey Girls Day statt, wo man den Sport kennenlernen darf.

In diesem Rahmen möchte ich mich auch bei allen Vereinen bedanken, die in den letzten zwei, drei Tagen unzählige Briefe gesendet und Anrufe bei mir gemacht haben, um sich gegen die Kürzung des Kulturbudgets einzusetzen.

Ich möchte darauf hinweisen, dass auf der Galerie das Fotografieren, das Filmen sowie Tonaufnahmen gemäss Art. 28 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat nicht gestattet sind. Heute Abend hat Frau Andrea Stalder, die Fotografin der Thurgauer Zeitung die Erlaubnis, Fotos zu machen.

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt die Gemeinderatspräsidentin fest, dass zu Beginn der Sitzung 38 Mitglieder des Gemeinderats anwesend sind. Der Rat ist somit gemäss Art. 30 des Geschäftsreglements beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 20.

Die Tagesordnung wurde den Ratsmitgliedern rechtzeitig gemäss Art. 23 B des Geschäftsreglements für den Gemeinderat zugestellt. Wünscht jemand das Wort zur Tagesordnung? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit werden wir die heutige Sitzung entsprechend durchführen.

Ich begrüsse die soeben eingetroffenen Gemeinderäte Ursula Duewell und Stefan Geiges. Somit sind wir 40 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte; das absolute Mehr beträgt 21.

34

MITTEILUNGEN

Gemeinderatspräsidentin Severine Hänni (SVP):

1. Mit Beschluss Nr. 273 wurde am 26. November 2019 die einfache Anfrage von den Gemeinderäten Stefan Leuthold und Heinrich Christ betreffend "Frauenfeld als Thurgauer Hochschulstandort" beantwortet.
2. Mit Beschluss Nr. 265 wurde am 4. Dezember 2019 die einfache Anfrage von den Gemeinderätinnen Salome Scheiben, Priska Brenner, Sandra Kern und Félicie Haueter betreffend "Kinder auf der schwarzen Liste" beantwortet.
3. Gemeinderat Alfred Bloch hat eine Motion betreffend "Abgaben von Boden im Eigentum der Stadt Frauenfeld nur im Baurecht" eingereicht. Die Anzahl Unterschriften gebe ich am Schluss der Sitzung bekannt.
4. Die Referendumsfrist zum Baukredit für die Sanierung der Zivilschutzanlage Neuhauserstrasse ist am 9. Dezember 2019 ungenutzt verstrichen.

Zu den Tischaufgaben:

5. Leider ist im Ordner der Finanzplan des AZP vergessen gegangen; dieser liegt Ihnen nun als lachsfarbenes Papier vor.
6. Weiter liegen Ihnen als lachsfarbenes Papier die Anträge der GPK Finanzen und Administration sowie Bau und Werke vor.

Gibt es irgendwelche weitere Motionen oder einfache Anfragen, die im Umlauf sind? – Dies scheint nicht der Fall zu sein.

35

PROTOKOLL DER GEMEINDERATSSITZUNG VOM 13. NOVEMBER 2019

Gemeinderatspräsidentin Severine Hänni (SVP): Das Protokoll der 6. Sitzung des Gemeinderats wurde am 22. November 2019 im Frauenfelder Extranet aufgeschaltet. Bis zum heutigen Zeitpunkt sind keine Änderungen oder Ergänzungen eingegangen. Wird das Wort zum Sitzungsprotokoll vom 13. November 2019 gewünscht? – Dies scheint nicht der Fall zu sein. Somit ist das Ratsprotokoll stillschweigend genehmigt. Ich bedanke mich beim Ratssekretär und allen Beteiligten ganz herzlich für das Protokoll.

36

BUDGET DER STADT FRAUENFELD, DERWERKBETRIEBE UND DES ALTERSZENTRUMS PARK FÜR DAS JAHR 2020

Gemeinderatspräsidentin Severine Hänni, SVP: Mit Botschaft Nr. 7 des Stadtrats an den Gemeinderat vom 22. Oktober 2019 haben wir das Budget 2020 der Stadt Frauenfeld, der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park erhalten. Ich schlage folgendes Vorgehen vor: Wir beginnen wie üblich mit dem Eintreten, danach folgt die Detailberatung und anschliessend stimmen wir über die Anträge einzeln ab. Es wäre schön, wenn wir eine straffe Führung der Diskussion durchziehen könnten. Deshalb bitte ich die Fraktionen darum, grundsätzlich allgemeine Voten jeweils nur einmal entweder beim Eintreten oder zu Beginn der Detailberatung zu halten. Im 2. Schritt werden wir die Departemente 1-5 inklusive Investitionen im Register 6 departementsweise durchgehen. Eventuelle Anträge können dann direkt zu den einzelnen Konten gestellt werden. Anträge sind mir bitte schriftlich einzureichen mit Kontonummer bzw. Investitionsnummer und Betrag. Nennen Sie bitte jeweils auch die Seitenzahl. Im 3. Schritt werden wir Register 4 mit dem Finanzplan 2021-2023 und Register 5 mit den Finanzkennzahlen debattieren. Im 4. Schritt werden wir die Budgets der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park inklusive deren Finanzpläne besprechen. Bei Voten mit Anträgen geben Sie bitte die Seitenzahl und das Konto an und geben mir die Anträge schriftlich ab. Im 5. Schritt werden wir schliesslich über die einzelnen Anträge in der Botschaft abstimmen. Sind Sie mit diesem Vorgehen einverstanden? – Dies scheint der Fall zu sein. Somit kommen wir nun zum Eintreten.

Eintreten

Gemeinderat Peter Hausammann (CH), Referent im Namen der GPK Finanzen und Administration: Die Kommission dankt für die umfangreichen Unterlagen und die damit verbundene grosse Arbeit. Der Dank geht wie immer vor allem an den Finanzchef Reto Angehrn. An dieser Stelle und in diesem Zusammenhang ausnahmsweise gleich eine persönliche inhaltliche Bemerkung: Das Pflichtenheft des Finanzchefs, sein Aufwand und sein Pflichtbewusstsein, seine sehr gute Arbeit insgesamt rechtfertigen die mit diesem Budget vom Stadtrat für das Finanzamt beantragte bescheidene Pensenerhöhung allemal.

Und damit wieder im Namen der Kommission zu den budgetierten drei Rechnungsergebnissen Erfolgsrechnung, Investitionsrechnung, Gesamtrechnung bzw. Finanzierung unserer drei Einheiten:

Alterszentrum Park

Erfolgsrechnung:

Gewinn von 350'000 Franken. Das ist am oberen Rand des Rahmens, in dem sich das AZP seit Jahren bewegt.

Investitionsrechnung, Gesamtrechnung:

Mit 1.61 Millionen Franken deutlich höhere Nettoinvestitionen als in den Vorjahren, dementsprechend eine Verschlechterung der Gesamtrechnung, wobei der Finanzierungsfehlbetrag minim ist und somit einer roten Null entspricht. Also insgesamt einmal mehr ein unproblematisches Budget.

Werkbetriebe

Die Werkbetriebe budgetieren erstmals nach HRM2. Was lange währt, wird endlich gut. Vorjahresvergleiche mit grossen Zahlen bringen deshalb bei der Erfolgsrechnung nicht viel. Das sieht man zum Beispiel bei den Umsatzzahlen. Die massive Erhöhung hat nur zum kleineren Teil eine reale Basis, immerhin sind die Entgelte 6.6 Millionen Franken höher als im letzten Budget und 2.6 Millionen Franken höher als gemäss Vorrechnung budgetiert. Der grössere Teil ist der neuen Rechnungslegung geschuldet. Man sieht das anschaulich im gestuften Erfolgsausweis bei den Positionen 47 Durchlaufende Erträge und 49 Interne Verrechnungen.

Ergebnis der Erfolgsrechnung:

Der Gewinn beträgt gemäss stadträtlichem Antrag 2.46 Millionen Franken. Ohne die Aufwertung des Verwaltungsvermögens bzw. ohne die damit verbundenen Abschreibungen – dieses Thema werde ich nachher separat abhandeln – wären es 4.3 Millionen Franken. Mit der von den Werkbetrieben bzw. vom Stadtrat geplanten Aufwertung, aber zusätzlich mit der Auflösung der damit geschaffenen Aufwertungsreserve in zehn Jahren, wie es die beiden GPKs Bau und Werke und Finanzen und Administration gemeinsam beantragen, sind es 7.9 Millionen Franken. Ich verweise auf das gemeinsame lachsfarbene Papier zum Budget der Werkbetriebe.

Investitionsrechnung:

Die Investitionsrechnung enthält vergleichsweise hohe Nettoinvestitionen von knapp 10 Millionen Franken. Die Erklärungen finden sich auf S. 34 der Botschaft.

Die Gesamtrechnung schliesst mit einem Finanzierungsfehlbetrag von 3.44 Millionen Franken, das heisst Nettoinvestitionen von 9.85 Millionen Franken minus Selbstfinanzierung 6.42 Millionen Franken. Es sind also 3.44 Millionen Franken, nicht 2.86 Millionen Franken und auch nicht 6.99 Millionen Franken Selbstfinanzierung, wie irrtümlich in der Tabelle Auf einem Blick auf S. 5 der Botschaft zu sehen. Hier hat sich ein kleines Versehen eingeschlichen. Die richtigen Zahlen findet man hinten im Budget bei den Werkbetrieben, Grössenordnung S. 33. Bei den Werkbetrieben also immer noch alles voll im grünen Bereich, zumal wenn man bedenkt, dass die Erfolgsrechnung 2019 statt mit einem budgetierten Gewinn von 2.5 Millionen Franken voraussichtlich mit einem solchen von 5 Millionen Franken abschliessen wird, also doppelt so hoch wie budgetiert.

Rechnung der Stadt

Erfolgsrechnung

Das budgetierte Defizit von 2.1 Millionen Franken ist auf dem Papier 1.6 Millionen Franken schlechter als im letzten Budget. Wenn man aber den Vergleich und den Gewinn aus dem Landverkauf Twerenbold bereinigt, bleibt zwar das Defizit, es ist aber um 0.3 Millionen Franken kleiner als im Vorjahresbudget. Das macht zwar natürlich nicht wirklich Freude, aber relativiert die Sache doch etwas. Und eben nicht nur relativ, sondern absolut, denn der 2019 budgetierte, 2020 nicht mehr budgetierte Gewinn kommt gemäss Stadtrat früher oder später, konkret wenn eine rechtskräftige Baubewilligung vorliegt und wird dann in jenem Jahr voll zu Buche schlagen.

Investitionsrechnung

Wir haben Nettoinvestitionen von 11.89 Millionen Franken, also rund 1.5 Millionen Franken mehr als im letzten Budget und rund das Doppelte im Vergleich zur Rechnung 2018. Die GPK steht einer grundsätzlichen Begrenzung der Investitionen auf maximal 12 Millionen Franken, wie vom Stadtrat definiert, kritisch gegenüber. Die Kommission sieht das Problem der ungenügenden Selbstfinanzierung durchaus und will auch nicht einfach euphorisch investieren. Kriterium soll aber nicht ein Handgelenk mal Pi definierter Frankenbetrag sein, sondern das Ziel der Schaffung und Erhaltung einer guten, aber nicht vergoldeten Infrastruktur für Bevölkerung und Gewerbe. Dabei ist der gesamte städtische Haushalt im Auge zu behalten. Zu berücksichtigen und zu nutzen sind indessen auch die günstigen Finanzierungsmöglichkeiten für eine finanziell potente Stadt wie Frauenfeld. Stichwort: Sehr tiefes Zinsniveau, das nun schon einige Zeit besteht und das nach Einschätzung praktisch aller unserer Wirtschaftsweisen noch einige Zeit anhalten dürfte.

Gesamtrechnung

Damit sind wir bei unserem bekannten Sorgenkind. Der Finanzierungsfehlbetrag beträgt happige 8.3 Millionen Franken, verbunden entsprechend mit einem tiefen Selbstfinanzierungsgrad von 30.6 %. Das ist bezüglich Selbstfinanzierungsgrad eine Halbierung im Vergleich zum letzten Budget.

Zur Würdigung dieses Budgets und weshalb die GPK dieses Budget trotz 2 Millionen Franken Defizit und trotz 8 Millionen Franken Finanzierungsfehlbetrag akzeptiert: Es sind insgesamt drei Gründe:

1. Wegen der immer noch guten finanziellen Gesamtsituation der Stadt. Stichworte: sehr hohes Eigenkapital, sehr hoher Bilanzüberschuss, hohes Nettovermögen.
2. Das hängt mit Punkt 1 zusammen: Weil die GPK, wie schon letztes Jahr und vorletztes Jahr gesagt, die finanzpolitischen Zielsetzungen des Stadtrats mitträgt. Diese erlauben einerseits einen Abbau des Bilanzüberschusses und damit des Eigenkapitals. Der Bilanzüberschuss ändert sich ja gemäss dem Ergebnis der Erfolgsrechnung. Bis die definierte Schwelle von 40 Millionen Franken erreicht wäre, könnten wir noch jahrelang 2 Millionen Franken Defizite schreiben. Das ist selbstredend nicht das Ziel. Und einem solchen Abbau des Bilanzüberschusses steht die kantonalrechtliche Vorgabe zum Haushaltgleichgewicht über acht Jahre entgegen. Noch entgegen – muss man sagen. Die GPK ist auch hier mit dem Stadtrat einig – wir haben das verschiedentlich in der Kommission besprochen –, dass diese rigide Vorgabe für Gemeinden wie Frauenfeld zu starr ist. Der Kanton scheint nun nach verschiedenen Interventionen bereit zu sein, die Vorgabe zu flexibilisieren. Die Revision dieser Bestimmung ist für kommenden Frühling in Aussicht gestellt. Ich hoffe, dass wir damit bereits beim nächsten Budget mehr wissen, insbesondere in welche Richtung es genau gehen soll. Andererseits geht es nebst dem Eigenkapital um das Nettovermögen, das direkt von der Gesamtrechnung beeinflusst wird. Hier würde die definierte Schwelle maximal 1'000 Franken Schuld pro Einwohner, das heisst Nettoschuld von 25 Millionen Franken schneller erreicht, weil das Polster kleiner und die Fehlbeträge grösser sind.
3. Ist die Rechnung praktisch immer besser als das Budget. Und zwar nicht nur bei uns in Frauenfeld, das scheint eine Art Naturgesetz zu sein. Oder müsste man eher von einem Syndrom sprechen, etwa von einem ABPS, einem sogenannten Allgemeinen Budgetpolstersyndrom? Über die Gründe könnte man sicher eine interessante Diskussion führen. Massiv ist das beim Nettovermögen. Dieses wird seit Jahren konstant viel zu tief budgetiert und prognostiziert. Ich verweise auf die Beispiele, die ich an dieser Stelle schon mehrmals gebracht habe. Deutlich kleinere Differenzen haben wir beim Ergebnis der Erfolgsrechnung, dafür hier ein umso dickeres Polster. Schauen wir zum Beispiel das aktuelle Jahr, also 2019 an. Budgetiert war, wie Sie wissen, ein Gewinn von etwa 500'000 Franken, nun erwartet der Stadtrat ein Defizit von knapp 200'000 Franken und spricht folgerichtig auf den ersten Blick von einer Verschlechterung von rund 700'000 Franken. Aber wenn wir

den eigentlichen Budgetierungsprozess anschauen, also das, was der Stadtrat und was wir direkt beeinflussen können – oder eben auch nicht –, dann haben wir eigentlich eine Verbesserung von rund 2.2 Millionen Franken, denn es fehlt der budgetierte Gewinn von den 2.9 Millionen Franken aus dem Landverkauf Twerenbold, der ja noch kommen soll. 2019 waren also ohne Landverkauf minus 2.4 Millionen Franken budgetiert, das voraussichtliche Ergebnis ist minus 200'000 Franken, also ist die Rechnung um 2.2 Millionen Franken besser als das Budget. Und wenn wir einen ähnlichen Effekt auch im Rechnungsjahr 2020 haben, dann sind wir bei einer schwarzen oder roten Null. Also könnte man sagen: Keine Panik auf der Titanic.

Finanzplan 2012-2023

Die Kommission hat den Finanzplan praktisch diskussionslos zur Kenntnis genommen. Der Plan ist nur bedingt aussagekräftig, weil er im Wesentlichen auf der Fortschreibung des Budgets beruht. Wir waren uns einig, das sieht auch der Finanzchef so, man könnte hier einiges machen, das wäre aber mit viel Zeit und Geld verbunden und das ist deshalb bisher von keiner Seite wirklich oder ernsthaft gefordert worden.

Dann noch zur Aufwertung des Verwaltungsvermögens der Werkbetriebe:

Weil die GPK Finanzen und Administration für die Rechnung als Ganzes zuständig ist und sich darum insbesondere mit den Rechnungslegungsgrundsätzen und der Vereinbarkeit mit dem übergeordneten Recht zu befassen hat, war die geplante Aufwertung des Verwaltungsvermögens der Werkbetriebe im Zusammenhang mit der Umstellung auf HRM2 natürlich ein wichtiges Thema. Es geht hier auch nicht um ein Budgetdetail, sondern immerhin um eine Aufwertung von über 50 Millionen Franken. Zu dieser Dimension kommen drei Probleme:

1. Widerspruch zum kantonalen Recht, und zwar zu klarem Recht. Dort steht schlicht und einfach, das bisherige Verwaltungsvermögen wird nicht neu bewertet.
2. Geht es um die nochmalige Abschreibung des bereits abgeschriebenen Verwaltungsvermögens.
3. Geht es um die Frage des notwendigen Aufwands bzw. der bereits vorhandenen oder eben nicht vorhandenen Daten.

Angesichts dieser Ausgangslage wäre zu erwarten gewesen, dass der Stadtrat den Gemeinderat bzw. die GPKs frühzeitig einbezieht. Das war leider nicht der Fall. Ich erspare Ihnen eine Darstellung des mühsamen Wegs, bis wir endlich genügend Informationen hatten und ich beschränke mich auf das Fazit. Der Kanton empfahl bereits im Juni, den Gemeinderat frühzeitig einzubeziehen. Trotzdem hielt der Stadtrat seine Absicht, die damit verbundene Problematik und jegliche Informationen zurück, informierte in der Botschaft praktisch nicht und an der Infositzung zum Budget nur rudimentär. Ein solches Vorgehen ist für uns Gemeinderätinnen und Gemeinderäte mühsam, verursacht zeitlichen Druck bis Hektik sowie allen Beteiligten mehr Aufwand. Der Stadtrat hat sich dafür entschuldigt, die Sache ist für uns gegessen. Wir hoffen und bitten, dass es in ähnlichen Fällen besser läuft, denn meine geschätzten Damen und Herren Stadträtinnen und Stadträte, wir Milizler sind auf frühzeitige und saubere Informationen von euch angewiesen, um unsere Arbeit korrekt, sauber und verantwortungsvoll machen zu können.

Inhaltlich ergab sich eine fruchtbare Diskussion zwischen den Werkbetrieben, dem Stadtrat und den beiden GPKs Bau und Werke sowie Finanzen und Administration. Die Werkbetriebe legten dann auch verschiedene Varianten vor. Das positive Fazit hier in vier Punkten:

1. Das Verwaltungsvermögen der Werkbetriebe kann aus Sicht der beiden GPKs ausnahmsweise entgegen der strengen Vorgabe des Kantons aufgewertet werden, weil der Kanton so verbindlich wie möglich für 2020 eine Revision dieser Rechtsgrundlage in Aussicht gestellt hat. Das geht dann in einem Aufwasch zusammen mit der Geschichte mit dem

Haushaltgleichgewicht, und weil das zuständige Amt klar signalisiert hat, dass es mit einer Aufwertung in dieser Situation einverstanden ist.

2. Die beiden GPKs sind materiell mit der Aufwertung grundsätzlich einverstanden. Der Nutzen für die Werke ist unbestritten. Stichwort: tatsächliche Werte auch in der Tarifikalkulation. Der Chef der Werkbetriebe sprach davon, dass man dann nur noch eine Buchhaltung brauche. Die Daten sind grösstenteils vorhanden, nur bezüglich des Wassers muss man sie noch eruieren. Das heisst, der Aufwand hält sich in Grenzen bzw. ist für die Werke, wie sie uns versichert haben, bewältigbar.
3. Aufgewertet wird nicht gemäss Budget, sondern nach der nachträglich präsentierten Variante 4. Das heisst, die rund 55 Millionen Franken, um die aufgewertet wird, kommen in eine Aufwertungsreserve und werden über zehn Jahre erfolgswirksam als ausserordentlicher Ertrag aufgelöst. Damit ist das Problem der doppelten Abschreibung entschärft bzw. aufgehoben. Das Betriebsergebnis bleibt wie im stadträtlichen Antrag bei 2.3 Millionen Franken, ohne Aufwertung betrüge es wie gesagt 4.3 Millionen, das Gesamtergebnis steigt wegen des ausserordentlichen Ertrags auf 7.9 Millionen Franken.
4. Entsprechend dieser Vorgabe soll für 2020 budgetiert werden. Der definitive Entscheid fällt nach der Rechnung 2019 mit einem entsprechenden Anhang bzw. – das ist das Entscheidende – mit einem separaten, referendumsfähigen Beschluss des Gemeinderats. Das kann mit einer separaten Botschaft erfolgen oder aber auch – da wären wir absolut einverstanden, ist wahrscheinlich pragmatischer und einfacher – im Rahmen der Budgetbotschaft 2021 mit einem entsprechenden separaten Antrag. Die budgetrelevanten Aussagen dazu finden Sie im gemeinsamen lachsfarbenen Papier der beiden GPKs.

Damit komme ich zum Schluss. Die GPK Finanzen und Administration hat von den Finanzplänen der Stadtverwaltung, der Werke und des AZP Kenntnis genommen. Sie hat einstimmig dem Antrag 1 betreffend die Besoldung zugestimmt, die Anträge 2 betreffend Steuerfuss unverändert 60 % und 3 betreffend das Budget der Stadtverwaltung in einen einzigen Antrag zusammengefasst (Antrag 2, vgl. das lachsfarbene Papier) sowie diesem Antrag beschränkt auf den Steuerfuss und das Departement für Finanzen, Stadtentwicklung, Zentrales zugestimmt.

Gemeinderat Christoph Regli (CVP), Referent im Namen der Fraktion CVP/EVP: Eintreten ist beim Budget ja zwingend. Wie gewünscht informiere ich jetzt deshalb auch über unsere Gesamtbeurteilung. Die Zahlen hat der GPK-Sprecher und GPK-Präsident Peter Hausammann bereits sehr gut zusammengefasst, weshalb ich sie hier auch nicht wiederhole. Es bleibt einzig, allen in der Stadt für das Budget Verantwortlichen, insbesondere dem Stadtrat zu danken. Denn gab es das schon einmal? Wir haben mit den GPKs Gremien, die die Aufgabe haben, im Budget Sparpotenzial zu suchen oder noch lieber zu finden, und es gab keine Ausgabenkürzungsanträge. Ja stellen Sie sich vor, bei der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen und der GPK Bau und Werke kommt im Protokoll das Wort Antrag insgesamt nur fünf Mal vor und nur einmal ging es um eine Änderung und dabei um eine Erhöhung, die dann aber als nicht sinnvoll erachtet wurde. Bei der GPK Finanzen und Administration kommt das Wort 15 Mal vor, wobei damit nur zwei Themen besprochen wurden und ein Antrag letztlich fallengelassen wurde, weil er nicht in der Kompetenz der GPK war. So bleibt insgesamt ein einziges Thema und hier ging es nicht um eine Sparmassnahme, im Gegenteil, eine Sparmassnahme wurde hinterfragt. Meinen Halbierungsantrag in der GPK betreffend die Reduktion der wiederkehrenden Kulturbeiträge habe ich nur zurückgezogen, da der Kulturverantwortliche uns überzeugte, dass im festgelegten Betrag genügend Luft für eine einvernehmliche Lösung vorhanden sei. Unsere Fraktion ist diesbezüglich übrigens nach wie vor der Meinung, dass das Vorgehen im Stadtrat im Departement unseres Stadtpräsidenten sehr mangelhaft war und es nie mehr als Beispiel für Sparversuche

herangezogen werden darf. Unsere Vereine erfolgreich zu führen, insbesondere finanziell, braucht enorm viel ehrenamtliche Tätigkeit. Es wäre eine zu einfache Sache, mehr Geld auszugeben, um dann wieder den ganzen Stadtbeitrag zugute zu haben. Aber das möchten wir von unseren Vereinen nicht verlangen, deren stabile finanzielle Lage ist uns wichtig. Das Beispiel zeigt aber doch gerade auf, wie intensiv die Sparbemühungen waren. Insbesondere auch weil die GPKs ja auch keine weiteren Sparmöglichkeiten fanden. Insgesamt gefällt uns das Budget 2020. Wir sind der Meinung, dass man realistische Zahlen eingesetzt und das Sparpotenzial ausgeschöpft hat.

Der Finanzplan, den wir ja nur zur Kenntnis nehmen, erscheint uns weniger positiv. Er ist aber auch nicht gerade optimistisch aufgesetzt. Bei unverändertem Steuerfuss ist das Hallenbad schon berücksichtigt und ein wahrscheinlicher Landkauf noch nicht. Und trotzdem bleibt das Eigenkapital in der Finanzplanperiode auf 98 Millionen Franken.

Wir unterstützen alle Anträge in der Botschaft resp. gemäss dem lachsfarbenen Papier, werden selber keine Anträge stellen, um Geld einzusparen und werden voraussichtlich nicht einfach von allfälligen nun doch noch gefundenen Sparmassnahmen zu überzeugen sein. In diesem Sinn danke ich Ihnen für die Aufmerksamkeit und hoffe auf Ihre Zustimmung.

Gemeinderat Pascal Frey (SP), Referent im Namen der Fraktion SP: Das Erfreulichste zuerst: Die Werkbetriebe haben ihre Rechnungslegung auf dieses Budget komplett nach HRM2 gestaltet. Zwar ist wie bei der Umstellung bei der Stadt zu Beginn die Vergleichbarkeit noch nicht gegeben, aber die Lesbarkeit hat sich für uns Gemeinderäte und Gemeinderätinnen schon jetzt deutlich erhöht.

Dann aber gleich zum Unerfreulichsten: dem Defizit von über 2 Millionen Franken. Der Stadtrat hat sich die Defizitgrenze von 2 Millionen Franken als Maximum für eine Steuererhöhung gegeben. Mit diesem Budget bricht er aber schon seinen Grundsatz. Wir finden dies eigentlich nicht vertretbar, stellen aber keinen Antrag auf Erhöhung, da wir im letzten Jahr keinen Erfolg hatten. Aber einfach auf einen positiveren Abschluss zu hoffen, ist für uns keine adäquate Politik. Wir erwarten vom Stadtrat beim nächsten Budget, das derart defizitär ist, einen entsprechenden Antrag.

Zu einer Verzerrung mit dem Budget 2019 führt natürlich auch die Annahme der Steuerreform und AHV-Finanzierung, kurz STAF genannt. Diese bringt gemäss Stadtrat rund 1.2 Millionen Franken weniger Steuereinnahmen. Wenn man in Frauenfeld ein Preisetikett an diese Abstimmung gebunden hätte, wäre dies ziemlich genau mit 2 Steuerprozenten angeschrieben gewesen. Umso mehr sehen wir nicht ein, weshalb noch mehr gespart werden soll und wieso dieses Budget so schlecht sein soll, da ja bereits weniger Steuereinnahmen vorhanden sind. Auch haben wir uns erneut gefragt, welche Einsparungen das Projekt Balance denn nun ergeben hat. Hier ist ja noch eine Interpellation hängig. Wir bitten den Stadtrat nach zehnmonatiger Wartezeit doch bitte mal um eine Antwort, ebenso auch zu den weiteren Vorstössen, die seit Anfang Jahr offen sind.

Nun aber wieder zu den erquickenderen Dingen. Wir finden es richtig, dass der Stadtrat die Liegenschaftenstrategie konsequent angeht, sich mal für eine Richtung entschieden hat und diese nun durchzieht. Die Stellen, die wir mit dem Budget bewilligen, müssen aber unserer Meinung nach noch nicht in Stein gemeisselt sein. Wenn der Stadtrat im ersten Halbjahr 2020 merkt, dass die beantragten Stellen vielleicht doch nochmals eine Anpassung brauchen, sei das zum Beispiel

in der Ansiedlung bei welchem Amt oder wie die Aufteilung schlussendlich genau sein soll, dann soll er dies auch vornehmen können. Das Projekt soll nun mit der nötigen Tiefe angegangen werden. Es wurde genügend lange damit gewartet. Die Liegenschaften brauchen eine entsprechende Pflege.

Auch die Stelle im Amt für Alter und Gesundheit, die im Case-Management für die Personen mit Leistungsaufschub zuständig sein wird, ist dort sinnvoll eingesetzt, wie die Beantwortung der einfachen Anfrage "Kinder auf der schwarzen Liste" ergeben hat.

Im Amt für Stadtentwicklung und Standortförderung gibt es mittlerweile eine Vakanz zu besetzen. Stadtentwicklung ist für uns klar, nicht nur Strassen zu bauen oder schöne Konzepte zu schmieden, sondern es gehört eben noch viel mehr dazu. Die Stadt hat viele Entwicklungsschwerpunkte, die auf uns zukommen. Entsprechend würden wir gern erfahren, ob der Stadtrat die Vakanz als Chance nutzt, das Amt neu auszurichten oder ob er gleich weitermachen möchte wie bisher.

Zur geplanten Entnahme aus dem Energiefonds, der Kürzung im Kulturbereich sowie weiteren Kommentaren werden wir uns zum gegebenen Zeitpunkt nochmals melden.

Die Werkbetriebe haben wie gesagt umgestellt. Nein, das Reglement ist noch nicht gemeint, aber auch das werden wir noch hinbekommen. Und dann sind wir sehr gespannt auf die Projekte, die einfach als "Investitionen erneuerbare Energie" umschrieben sind. Auch der Batteriespeicher war schon vor einem Jahr im Budget, angeschafft wurde er aber noch nicht.

Der Finanzplan der Werkbetriebe ist deutlich schöner anzuschauen als der der Stadtverwaltung. Bei den Werkbetrieben erwarten wir mit der Neuausrichtung auch eine Strategie des Stadtrats, wie die Zahlen in Zukunft aussehen könnten.

Zum Schluss möchten wir noch allen danken, die wieder einmal mitgearbeitet haben, ein gut strukturiertes Budget zu erstellen.

Gemeinderat Elio Bohner (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP: Ganz zu Beginn möchten wir danken für die grosse Arbeit, welche jedes Jahr durch die Angestellten der Stadt geleistet wird, um das Budget nicht nur zu erstellen, sondern auch Jahr für Jahr die Lesbarkeit zu verbessern. Insbesondere werden Budgetposten wo immer möglich konkreten Ausgabepunkten wie Projekten zugewiesen oder möglichst detailliert aufgesplittet in den Kommentaren. Châpeau!

In den vergangenen Monaten haben wir über ein Grossprojekt gesprochen. Nein, nicht jenes, welches die Wogen hochgehen liess. Vielmehr jenes der Boomtown Frauenfeld. Boomtown? Ja, ich erlaube mir diesen Ausdruck – eigentlich vollster Bewunderung. Wir hatten in den vergangenen zehn Jahren einen Stellenzuwachs bei der Stadt von über 100 Stellen. Dies definitiv nicht aus Grössenwahn, sondern absolut in Relation zum Einwohnerwachstum. In dieser Zeit ist die Stadt als Ganzes durchaus gesund und vor allem geplant gewachsen. So blieb die Steuerkraft konstant (schwankend +-4 %), was bedeutet, dass das Wachstum der Bevölkerung auch ein entsprechendes Wachstum bei den Steuereinnahmen mit sich brachte. Vor allem aber sehen wir diverse Projekte in der Planung oder Umsetzung sowie Investitionen ins Personelle auf Basis von erwartetem Wachstum und im Sinn der Standortförderung. Wir freuen uns somit in erster Linie, dass die Stadt Frauenfeld für viele attraktiv ist und wir möchten, dass dies so bleibt. Wenn wir

nun das Budget ganzheitlich betrachten, so müssen wir zum Schluss kommen, dass es zusammen mit den Sondereffekten – Stichwort Twerenbold – insgesamt unspektakulär ist. Das Minus in der Stadtverwaltung ist in diesem Rahmen, sofern es denn überhaupt in der Rechnung eintreten wird, aufgrund des vorhandenen Eigenkapitals verkraftbar. Hier ist viel entscheidender, wofür denn die Ausgaben getätigt werden. Wenn hier in die Zukunft investiert wird, indem Massnahmen zur Förderung von verschiedenen Gruppen getroffen werden oder auch das städtische Personal – wo sinnvoll – unterstützt wird, so sind dies Ausgaben, die sich mittelfristig und langfristig mehrfach amortisieren.

In unserer Fraktion waren die zentralen Inhalte, welche für kritische Diskussionen sorgten, die Aufwertung des Verwaltungsvermögens bei den Werken, die grosse Arbeitsbelastung der Angestellten in den verschiedenen städtischen Departementen und Betrieben sowie das Projekt Balance, insbesondere in Bezug auf die Kürzung bei den Kulturvereinen.

Die lang ersehnte Anpassung des Budgets der Werkbetriebe fördert uns vor allem eines zutage, nämlich, dass unserer Forderung nach transparenter, frühzeitiger Information endlich nachgekommen werden muss. Die inhaltlichen und rechtlichen Schwierigkeiten, wie vom GPK-Sprecher angesprochen, bei dieser Thematik sind das eine, jedoch sorgte letztlich für einen Grossteil der Brisanz, dass wir schlecht und insbesondere viel zu spät informiert wurden. Die Lösung, welche in Absprache mit den GPKs nun vorgeschlagen wird, empfinden wir insgesamt durchaus als vertretbar. Wir hätten uns einfach gewünscht, dass man hier aus vergangenen Fehlern gelernt hätte.

Was einem im Rahmen dieses Budgets ausserdem auffiel, ist die erneute Zunahme des Stellenplans. Wir hoffen aber, dass alle genau hingeschaut haben, wo und weshalb diese Stellen geschaffen wurden. Es geht hier weder um das Aufblasen der Stadtverwaltung noch darum, den Leistungskatalog der Stadt mit unnötigen Ergänzungen zu spicken. Ganz im Gegenteil. Vielmehr wird an diversen Ecken nachgeholt, was bereits lange nötig war. Wir begrüssen dies sehr. Jedoch möchten wir trotzdem und insbesondere auch dazu ermahnen, den Angestellten Sorge zu tragen. Vermehrte Ausfälle aus gesundheitlichen Gründen oder chronische Überlastung sind weder moralisch noch ökonomisch vertretbar, ganz zu schweigen von den diversen Themen, welche natürlich auf der Strecke bleiben, weil sich Personen in Schlüsselpositionen um andere Themen kümmern müssen als diejenigen, für welche sie eigentlich vorgesehen wären.

Unsere Fraktion kam nicht umhin, auch die Investitionen in die Strassen resp. deren Erhalt zu diskutieren. So freuen wir uns über den guten Zustand der Frauenfelder Strassen. Gleichzeitig haben wir seit einigen Jahren moniert, dass man mit dem Paretoprinzip vermutlich einiges einsparen könnte, ohne die allgemeine Qualität merklich zu beeinträchtigen. Oder anders formuliert: Man kommt nicht um den Gedanken herum, dass unsere Strassen schlicht vergoldet sind. Wo es jedoch sicherlich Potenzial gibt, gerade auch wenn man die knappe Besetzung des Amtes anschaut, ist beim Hochbau. Nun habe ich zu Beginn von einer boomenden Stadt gesprochen. Einer, die in vielen Bereichen wächst und investiert. Gleichzeitig wurde aber auch ein Sparprogramm ausgerufen. Eines, welches hinter verschlossenen Türen stattfindet. Dies ist nicht bloss eine subjektive Wahrnehmung, sondern vielmehr ein Gedanke, der sich aufzwingt, nachdem die Interpellation aus unserer Fraktion zu diesem Thema seit zehn Monaten unbeantwortet beim Stadtrat liegt. Unbeantwortet, obwohl die Inhalte ja erneut für dieses Budget und auch für die Legislatur aufbereitet werden mussten und somit wohl stetig im Gespräch sind beim Stadtrat sowie den Departementen. Wir gehen nun über ins Jahr 3 von Balance, zu dessen Ende ja gemäss Plan alle Massnahmen umgesetzt sein sollen. Und weiter tapen wir noch immer mehrheit-

lich im Dunkeln betreffend die Inhalte. Dies kann es doch nicht sein und ist einmal mehr eine Frage der Transparenz. Wenn wir also über Balance sprechen, so müssen wir dringend und bereits hier in der Eintretensdebatte die Kürzungen der Beiträge an die Kulturschaffenden und Vereine ansprechen. Auch hier wurde eine Massnahme ergriffen, um Kosten einzusparen. Leider wird zum einen gerade da gekürzt, wo verhältnismässig ohnehin schon wenig ist. Zum anderen wurde dabei auch noch ein – man kann es nicht anders bezeichnen – äusserst fragwürdiges Zeichen der Geringschätzung an eben jene gesendet, die sich mit ihrem bisher ungebändigsten Engagement der Bereicherung des städtischen Angebots verpflichtet haben. Meist ohne nennenswerte Entschädigung *nota bene*. Wenn wir also den Bogen schliessen und uns daran erinnern, dass die Signale auf Wachstum stehen, dann erinnere ich gern an unsere Worte, dass nur mehr Einwohner noch keine Grösse machen. Denn eine Schlafstadt wollen wir nicht sein. Dies unterstreichen die unzähligen Stunden ehrenamtlicher Arbeit, die in unserer Stadt derzeit noch geleistet werden und welche dazu beitragen, dass wir weiterhin attraktiv bleiben. Attraktiv gerade auch für Familien, sei es um hierzubleiben oder sei es, um hierherzuziehen. Standortmarketing, nichts anderes.

Zu guter letzt möchten wir aber nochmals zum Dank zurückkehren. Dank an die Mitarbeitenden der Stadt, aber genauso auch an alle, die durch ihre ehrenamtliche Arbeit unsere Stadt bereichern und beitragen, dass unser Budget Jahr für Jahr entlastet wird.

Gemeinderat Philipp Geuggis (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Wie bereits anlässlich der Budgetdebatte vor einem Jahr festgehalten, stellen wir auch weiterhin ein strukturelles Defizit in der laufenden Rechnung fest. Um das zu ändern, müssen die Aufwände reduziert oder die Erträge erhöht werden. Eine Erhöhung der Erträge über eine Anhebung des Steuerfusses erachten wir immer noch als allerletzte Option. Zuerst sollte konsequent probiert werden, die Aufwände zu reduzieren. Wir sind uns sehr wohl bewusst, dass viele gebundene Aufgaben auf Stufe Stadt kaum oder gar nicht beeinflusst werden können. Umso mehr sind die ungebundenen Ausgaben kritisch zu hinterfragen. Wir stellen fest, dass im Rahmen des Projekts Balance erste Schritte in die richtige Richtung spürbar sind. Einzelne Fraktionsmitglieder sind aber immer noch der Ansicht, dass die Umsetzung der Projektziele zu zaghaft und zu langsam erfolgt. Wir stellen ausserdem fest, dass Kosteneinsparungen bei den Betroffenen auf heftigen Widerstand stossen, was natürlich nachvollziehbar ist. Niemand will gern auf eine Leistung verzichten, die er bisher hatte. Trotzdem gilt es, das Ganze im Blick zu behalten. So ist schlussendlich niemandem geholfen, wenn die Stadt in finanzielle Schieflage gerät und alle stur am Bisherigen festhalten. Wie auch schon im Vorjahr erwähnt, haben wir den Eindruck, dass eine Vielzahl von Projekten läuft oder neulanciert wird und dass aus diesen Projekten oft zusätzliche Ausgaben und Aufwände für die Stadt resultieren. Wenn solche Zusatzaufwände nicht durch den Abbau von anderen Aufgaben kompensiert werden, ist ein Kostenzuwachs die logische Folge.

Im Rahmen der Budgeterarbeitung wurden die einzelnen Unterstützungen im Bereich Kultur hinterfragt und überprüft. Dieses Vorgehen und die daraus resultierenden Korrekturen finden unsere Zustimmung, auch wenn wir verstehen, dass die betroffenen Institutionen und Vereine ihren Anspruch vehement verteidigen. Wir sind der Ansicht, dass eine moderate und differenzierte Vorgehensweise gewählt wurde.

Im Bereich der städtischen Liegenschaften ist aus unserer Sicht ein grosser Nachholbedarf vorhanden. Für eine Investitionsplanung muss unbedingt eine Übersicht des aktuellen Zustands erstellt werden. In der Vergangenheit wurden die Liegenschaften zu stiefmütterlich behandelt und man schenkte ihnen zu wenig Aufmerksamkeit.

In der GPK Finanzen und Administration wurde die vom Stadtrat festgelegte Begrenzung der jährlichen Investitionen auf 12 Millionen Franken hinterfragt und es wurde angeregt, dass aufgrund der aktuellen Zinssituation die Investitionen erhöht werden sollten. Aufgrund des aktuell tiefen Selbstfinanzierungsgrads der Stadt macht dies aus unserer Sicht langfristig keinen Sinn und wir begrüßen das Vorgehen des Stadtrats.

Das Gesamtkonzept Freizeitanlagen wurde in der Fraktion FDP hinterfragt. Nicht etwa wegen der Kosten, sondern aufgrund des Erstellungstermins. Aus unserer Sicht ist dieses Konzept unbedingbar, hätte aber bereits vor dem Projekt für die Hallenbadsanierung vorliegen müssen.

Wenn man die Rechnungen der letzten Jahre mit den jeweiligen Budgets vergleicht, stellt man fest, dass die Rechnungen immer besser waren, als vorhergesagt. Es stellt sich die Frage, ob zu pessimistisch budgetiert wird. In diesem Zusammenhang zeigt sich, dass sich die von der Fraktion FDP über die GPK Bau und Werke eingebrachte Pauschalkorrektur des Investitionsbudgets um 20 % klar bewährt hat und die Budgetgenauigkeit erhöht.

Die entsprechende Budgetkorrektur im Bereich Personalaufwand ist aufgrund der zu erwartenden Mutationsgewinne und macht daher ebenfalls Sinn. Insgesamt nehmen wir zur Kenntnis, dass das Budget 2020 besser ausfällt als das um den Landverkauf bereinigte Budget 2019, wobei "besser" auch als "weniger Schlecht" ausgedrückt werden könnte.

The same procedure as every year. In den Werkbetrieben wird uns erneut ein erfreuliches Budget präsentiert. Die Umstellung auf HRM2 macht es zwar schwierig, das Budget mit den Vorjahren zu vergleichen, bringt aber aus unserer Sicht mittelfristig einen Gewinn an Transparenz, was wir klar begrüßen. Trotz der positiven Aussichten befinden sich die Werkbetriebe in einer herausfordernden Phase, die aufgrund der Marktliberalisierung eine Umstrukturierung erfordert.

Zum Budget des Alterszentrums haben wir auch in diesem Jahr keine Bemerkungen.

Den Anträgen des Stadtrats resp. den Anträgen der GPKs werden wir geschlossen zustimmen. Wir danken an dieser Stelle allen, die an der Erstellung des Budgets beteiligt waren für die sorgfältige Arbeit.

Stadtpäsident Anders Stokholm (FDP): Aufgrund einiger Bemerkungen in der Eintretensdebatte erlaube ich mir, darauf seitens Stadtrat eine Rückmeldung zu geben.

Zunächst zur Frage, wie budgetiert wird und ob zu pessimistisch budgetiert wird: Wir budgetieren nach dem sogenannten Vorsichtsprinzip. Es liegt daher in der Natur der Sache, das ist sozusagen ein Naturgesetz, dass wir Abweichungen zwischen Budget und Rechnung haben. In den vergangenen Jahren waren diese Abweichungen immer zum Besseren. Oder anders gesagt: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der Stadtrat schauen nach wie vor, auch wenn ihnen ein Budget vorliegt, auf die Effizienz und Effektivität des Mitteleinsatzes. Das Budget 2020 ist ja besser als jenes von 2019. Wir hatten für das Budget 2019 bekanntlich eine Steuerfusserhöhung beantragt, das sei der SP nochmals in Erinnerung gerufen, weil wir eben bei diesen 2.3 Millionen Franken um Twerenbold bereinigt im Minus waren, hatten wir diese Steuerfusserhöhung beantragt und Sie, lieber Gemeinderat, lehnten diese ab, unter anderem mit der Begründung, die stadträtlichen Kriterien für eine Steuerfusserhöhung seien kumulativ zu sehen. Das heisst, das Defizit muss grösser als 2 Millionen Franken sein und die Verschuldung höher als 1'000 Franken

pro Einwohner. Das ist jetzt nicht der Fall, deshalb haben wir keinen Antrag gemacht. Also diesen Fisch muss ich zurückweisen.

Betreffend die Hinweise auf Balance und andere Vorstösse, die noch nicht beantwortet sind, haben Sie vollständig recht. Diese sind noch nicht beantwortet. Diejenigen, die Sie genannt haben, fallen in mein Departement, da haben Sie auch recht. Sie müssen zur Hauptsache vom Finanzamt bearbeitet werden, da haben Sie am Anfang von Gemeinderat Peter Hausammann gehört, wie es dort um die Ressourcen steht, und wir tragen unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eben Sorge. Deshalb habe ich meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch Zeit gegeben, diese Fragen zu beantworten, diese Erkundigungen einzuholen. Im Zusammenhang mit Balance war auch klar und hatte ich auch schon früh signalisiert, dass wir zunächst die Resultate aus den Erhebungen im Zusammenhang mit dem Budgetierungsprozess abwarten. Diese Erhebungen finden im 3. Quartal statt, deshalb konnten wir frühestens im 4. Quartal beantworten, und die Antwort wird demnächst zu Ihnen kommen. Wir halten also A zum einen unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Sorge und B die Antwort wird innerhalb der Frist kommen, die uns möglich ist.

Was die Zukunft des Amts für Stadtentwicklung und Standortförderung betrifft, so werden wir, wie bereits bei den letzten Vakanzen auch schon getan, nochmals genau hinschauen. Damals haben wir schon genau hingeschaut, Sie mögen sich erinnern, wir haben nachher aufgrund dieses genauen Hinschauens auch Stellenplananpassungen gemacht, vor allem was den Inhalt der Stellen betrifft, und das werden wir dieses Mal selbstverständlich auch wieder so tun.

Ein letzter Satz noch bezüglich vergoldeter Strassen: Die Frage ist da ja vor allem der Ausbaustandard. Ich mag mich gut an den Vorgänger von Andreas Elliker Urs Müller erinnern, der immer wieder gesagt hat, dieses Thema haben wir bei der GPK platziert und ihnen gesagt: Sagt uns, wie der Ausbaustandard sein muss. Offenbar hat das bisher nicht stattgefunden. Also die Verantwortung liegt nicht allein beim Stadtrat, sondern liegt bei uns Stadtrat und Gemeinderat zusammen. In dem Sinn danke ich an dieser Stelle auch Ihnen dafür, dass Sie als Milizler sich so eingehend mit dem Budget auseinandergesetzt haben, für die kritischen Rückmeldungen, den Mitarbeitenden fürs Erstellen des Budgets und –ihnen ist noch gar nicht gedankt worden – meinen Stadtratskolleginnen und -kollegen für das ebenfalls intensive Auseinandersetzen damit.

Gemeinderat Peter Hausammann (CH), Referent im Namen der GPK Finanzen und Administration: Entschuldigen Sie, dass ich mich nochmals melde, aber die Äusserungen des geschätzten Herrn Stadtpräsidenten zur bisherigen Nichtbeantwortung der vielen Vorstösse jucken mich schon, denn das, was er da gesagt hat, kann so nicht stehen gelassen werden.

1. Die bisherige Nichtbeantwortung verstösst ganz klar gegen das Gesetz. Wir haben das Geschäftsreglement als Gesetz ausgestaltet, es ist ein referendumsfähiges Reglement, es ist ein Gesetz und verlangt eine Antwort in einer der nächsten Sitzungen. Ich habe mich bei verschiedenen Leuten erkundigt, bei Laien, bei Juristen, viele in der FDP, viele Anwälte. Die Aussage war unisono: Sicher nicht erste Sitzung, zweite kann man auch nicht verlangen, aber dritte oder vierte, allerspätestens sechste, aber nicht zehnte, sehr verehrter Herr Stadtpräsident. Das geht so nicht.
2. Balance: Die Inhalte, die wir endlich mal wissen wollen, hätten schon längst kommen können ohne wahnsinnig viel Aufwand, und insbesondere haben wir Anspruch darauf, dass das vor der Budgetierung kommt, damit wir das in die Budgetierung einfliessen lassen können. Sonst kommt dann irgendwann ein Rückweisungsantrag, ich sehe das schon, wenn man vorher nicht informiert, nach welchem Konzept man sparen will. Und dann

noch das Argument mit den Ressourcen. Sie wissen, ich habe grosses Verständnis für die Ressourcenproblematik. Ich habe aber auch schon vor drei Jahren gesagt, man solle doch beim Finanzamt aufstocken. Und als Entschuldigung für eine reglementswidrige bisherige Nichtbeantwortung von politischen Vorstössen muss ich das vehement zurückweisen. Dann muss ich sagen, da muss der Chef Prioritäten setzen. Es kann nicht sein, dass die fehlenden Ressourcen bei der Stadtverwaltung zulasten des Gemeinderats gehen, und zwar zulasten von etwa fünf oder sechs politischen Vorstössen. Dann muss man die Prioritäten anders setzen. Sagen Sie mir doch den Aufwand, der nötig ist für die politischen Vorstösse zum restlichen Aufwand. Das dürfte sich wahrscheinlich im Promillebereich oder im tiefen Prozentbereich bewegen.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Einfach noch um dich daran zu erinnern: Der Vorstoss Balance kam, nachdem ich mit dir diskutiert hatte. Wir wollten in der GPK über das Projekt orientieren und du hast gesagt, oh, das finde ich keine gute Idee, ich mache eine Interpellation. Ich hatte dir damals gesagt, ich möchte gern im 3. Quartal darüber orientieren. Das 3. Quartal geht von Juni bis am 30. September. Als du die Interpellation im Februar eingereicht hast, konntest du davon ausgehen, dass es um die sieben Monate oder länger geht. Um einfach das an dieser Stelle noch zu sagen, aber ich glaube nicht, dass es einen Sinn macht, hier in ein Hickhack zu verfallen über diese Thematik. Wenn der Gemeinderat das möchte, kann er ja in einer Überarbeitung des Reglements die Zahl auch entsprechend setzen wie zum Beispiel bei der einfachen Anfrage. Ich erinnere an eine andere Interpellation, die wir beantwortet hatten, es war das Globalbudget, dort ging es zwei Jahre, weil wir umfangreiche Abklärungen machen mussten. Und im Zusammenhang mit Balance wollten wir ebenfalls umfangreiche Abklärungen machen, nämlich die Ämter befragen bezüglich der Situation im Zusammenhang mit Balance und den verschiedenen Massnahmen. Die Inhalte, geschätzte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, sind Ihnen bekannt. Es sind zwölf Seiten im Protokoll der GPK-Sitzung von Ende Oktober 2018, dort sind die Inhalte aufgeführt.

Gemeinderatspräsidentin Severine Hänni (SVP): Aus Ihren Voten entnehme ich, dass das Eintreten unbestritten ist und wir können mit der Detailberatung beginnen. Gibt es allgemeine Voten, sofern nicht schon beim Eintreten gehalten, aus den Fraktionen?

Gemeinderat Thomas Gemperle (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Gemäss Art. 40 Abs. 2 des Geschäftsreglements stellt die Fraktion SVP/EDU einen Rückweisungsantrag zum Budget 2020 der Stadtverwaltung. Der Antrag lautet: Das Budget 2020 der Stadtverwaltung Frauenfeld wird an den Stadtrat zurückgewiesen mit dem Auftrag, ein ausgeglichenes Budget vorzulegen.

Begründung: Die Stadt Frauenfeld wächst, insbesondere auch die Stadtverwaltung. Der eigentliche Auftrag des Stadtrats, ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren, wurde ganz offensichtlich nicht erfüllt. Es gibt auch keine besonderen Gründe, welche dieses krasse Verfehlen dieses Ziels erklären würden. Es ist ein auf ein Wachstum der Stadtverwaltung ausgerichtetes Budget. Die Fraktion SVP/EDU kann das so nicht akzeptieren. Es ist jetzt bereits klar, dass diverse Ausgaben nicht mehr einfach verschwinden werden, sondern Teil des strukturellen Defizits dieser Stadt sind. Was es bedeutet, wenn bereits kleine Kürzungen nötig sind, zeigen die Diskussionen bei den Kulturausgaben. Trotz generell wachsenden Budgets führen diese Kürzungen zu Opposition. Man gewöhnt sich halt gut und gern an das Geld der Steuerzahler, das man jährlich bekommt. Und je länger wir dieses Wachstum und diesen staatlichen Konsum vorantreiben, desto schwieriger werden künftig Anpassungen – sprich Kürzungen. Wir leben hier auf Kosten der

nächsten Generation. Wer das nicht akzeptieren kann, muss ehrlicherweise wie die SP eine Steuererhöhung fordern oder sonst unseren Rückweisungsantrag unterstützen.

Gemeinderat Christoph Regli (CVP), Referent im Namen der Fraktion CVP/EVP: Rückweisung? Neu sind mal wieder drei Stadtratsmitglieder von der FDP und der SVP. Und gerade jetzt traut ihr dem Stadtrat nicht zu, von Anfang an genügend gut auf Sparpotenzial geschaut zu haben?

Mehr als sieben Jahre sind vorbei. Vorbei seit was? Was geschah vor acht Jahren? Vor acht Jahren hatten wir die letzte Veränderung des Steuerfusses. Waren es nun magere oder gute Jahre? Gern informiere ich euch wie folgt über die damalige Prognose. Von links kam der Kommentar: "Eine Steuersenkung ist viel zu früh. Ziel müsste eine verlässliche, konstante Steuerpolitik sein." Ich denke, dass man nach acht Jahren nicht sagen kann, dass das nicht der Fall war. Meine Aussage war damals: "Wir haben uns markant für die neue Gemeindeorganisation eingesetzt und dabei immer wieder die Begründung herangezogen, dass die Delegation der Voranschlagkompetenz an den Gemeinderat dazu führt, dass man leichter Steuersenkungen durchzieht, da man bei Bedarf auch schneller wieder erhöhen kann. Setzen wir also ein Zeichen und senken den Steuerfuss so weit wie möglich. Immerhin ist der Steuerfuss für gute Steuerzahler ein wichtiges Kriterium, ob man nach Frauenfeld zieht oder allenfalls wegzieht. Frauenfeld ist zudem interkanton relevant, da die Steuerfüsse der Hauptstädte verglichen werden. Das Image steuergünstiger Thurgau ist dafür dankbar. Dank vorsichtiger Wertung haben wir im Finanzvermögen auch noch Reserven." Gemeinderätin oder Alt-Gemeinderätin Verena Herzog war gegen die Steuersenkung, wenn der Gemeinderat nicht selber hinter konkreten Sparmassnahmen steht und deshalb schon bald wieder eine Steuererhöhung nötig würde. Diese hat sie aber vorhergesehen, ist in den letzten Jahren nicht passiert.

Und was ist seither passiert? Der Steuerfuss ist gleich hoch geblieben und die Abschlüsse waren sogar gut. Damals waren sich eigentlich alle einig, dass man die Steuern wieder erhöhen müsste, wenn das Geld für die nötigen Ausgaben nicht reicht. In diesem Fall bin ich auch mal der Meinung der ehemaligen Gemeinderätin Verena Herzog, dass wir bei schlechten Jahresrechnungen nur bei Einigkeit über Sparmassnahmen eingreifen dürfen und dann eher mit Steuerfusserhöhungen reagieren müssten. Aber ich kann Sie beruhigen. Kurzer Rückblick: 2018 kleiner Gewinn, 2017 kleiner Gewinn, 2016 kleiner Verlust, da negative Wertberichtigungen direkt das Ergebnis beeinflussen haben, ansonsten wäre es ein recht grosser Gewinn gewesen. Ich habe die negativen Wertberichtigungen betont. Im Gegensatz dazu gibt es auch die positiven, die aber erst nun nach fünf Jahren am Jahresende zusätzlich kumuliert werden, zum Eigenkapital also dazukommen. Und dies sind nicht nur 900'000 Franken wie die negativen, sondern es sind 20 Millionen Franken.

Wie Sie letzte Woche der TZ vielleicht entnommen haben, ich war darüber übrigens nicht informiert, ich habe das nicht veranlasst, bin ich dieses Jahr zusammen mit unserem Finanzchef zum Finanzchef des Kantons gegangen, um herauszufinden, welches Gesetz ich ändern kann oder muss, um für Gemeinden mit viel Eigenkapital die dumme Regel des ausgeglichenen Haushalts über acht Jahre abzuschaffen. Mein Ziel war es und ist es jetzt immer noch, etwas einfach erklärt vielleicht, es kann nicht sein, dass ein alter, pensionierter Multimillionär seine Gattin zum Putzen schickt, damit sie sich aus den laufenden Einnahmen ein Planschbecken für ihre Enkelkinder kaufen können. Ergebnis der Aussprache war, ich muss kein Gesetz ändern, sondern es muss nur eine Verordnung angepasst werden, und zwar so, dass sie gemäss HRM noch konform ist. Und sowohl der Finanzchef als auch der Regierungsrat Jakob Stark stehen dem positiv ge-

genüber. Und diese Neuregelung wird hoffentlich oder sogar voraussichtlich schon in der Botschaft zum Hallenbad rechtsgültig Wirkung haben. Und wir sind uns ja eigentlich alle einig, wir hatten schon bisher unnötig viel Eigenkapital, und wenn wir nun noch 20 Millionen oben aufsetzen, ist dies entsprechend deutlich noch mehr der Fall. Lassen wir das Budget 2020 also so laufen. Eine Verzögerung würde nur schaden. Und der Stadtrat kann in seiner Zusammensetzung, wo ihr ja gut vertreten seid, nächstes Jahr wieder Vorschläge machen und wir können dann jene dazu nötigen politischen Entscheidungen in aller Ruhe treffen. Aber wir können am 1. Januar mit einem neuen Budget starten.

Gemeinderat Claudio Bernold (FDP), Referent im eigenen Namen: Mit Erstaunen habe ich vom überraschenden Rückweisungsantrag des Budgets Kenntnis genommen. Mich irritiert der Prozess des Vorgehens, obschon mir bewusst ist, dass eine Zurückweisung des Budgets ein legitimes Mittel ist. Mich überraschen die Art und der Zeitpunkt der Kommunikation. Die Budgetzahlen sind längstens bekannt, in den Protokollen der Gesamt-GPKs und in den Departements-GPKs waren keine derartigen Anzeichen erkennbar. Als Nicht-GPK-Mitglied ist mir die Meinung dieser Expertenrunde wichtig, auch für meinen eigenen Entscheidungsprozess. Somit bleibt mir nun das Gefühl, dass ich mich nicht auf solche Experten verlassen kann. Wenn ich kritische Stimmen in diesen Protokollen zu einzelnen Budgetposten höre und in den Protokollen auch davon lese, können wir das in der Fraktion diskutieren und ich kann mir ein entsprechendes Bild oder eine Meinung bilden. Auch habe ich den Eindruck, dass man dem Stadtrat keine faire Chance lassen möchte, damit er auf Budgetkürzungen adäquat reagieren kann. Ich selber bin für alle konstruktiven Sparvorschläge dankbar, zeigt mir dies doch, dass man zusammen mit dem Stadtrat gewillt ist, eine gemeinsame Lösung zu erarbeiten. Es ist uns aber auch allen bewusst, dass alle Sparvorschläge bei den Betroffenen nicht gut ankommen. Da vermisse ich einen klaren Solidaritätsgedanken. Alle wollen ihr Gut – oder soll ich besser sagen ihr Guthaben – schützen. Bei den vielen Kürzungsanträgen, welche in den GPKs kaum diskutiert wurden, ist mir das Gefühl aufgekommen, als gehe man nach dem Motto vor: Lieber Stadtrat, mach mal einen Vorschlag, wir sind eh dagegen. Wie einige unter euch bin ich auch der Meinung, dass wir das strukturelle Defizit in den laufenden Rechnungen, besser noch in den zukünftigen Rechnungen verhindern sollten. Das Projekt Balance sollte dem im wahrsten Sinn des Wortes Rechnung tragen. Auch die Personalpolitik darf man kritisch hinterfragen. Durch den Wandel der Gesellschaft ändern sich auch die Bedürfnisse, da müssen wahrscheinlich Stellen geschaffen werden, auf der anderen Seite dürfte es auch Positionen geben, welche man bei einer kritischen Betrachtung auch reduzieren oder gar streichen kann. Zu Beginn des Votums habe ich das Vorgehen der SVP hinterfragt, will aber dabei die anderen Parteien nicht aussenvor lassen. Der Vorstoss der SVP zeigt aber auch auf, dass wir noch gezielter die Leistungen, die die Stadt zu erbringen hat, hinterfragen müssen. Ich erwarte von allen konstruktive Vorschläge, welche realistisch umzusetzen sind. Einfach Steuern zu erhöhen, wie das von gewissen Seiten auch gefordert wird, löst das Problem nur kurzfristig. Man erhält damit leicht das Gefühl, man könne einfach so weiterfahren wie bisher. Man könne Stellen ausbauen, Projekte kreieren etc. Also machen wir uns an die Arbeit, unterstützen den Stadtrat bei seinen Bemühungen und werfen ihm nicht immer wieder einen Knüppel in die Speichen. Wir von der Fraktion FDP möchten Hand zu konstruktiven Lösungen bieten.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Ich nehme seitens Stadtrat Stellung zum Rückweisungsantrag der SVP. Nachher wird Stadtrat Elliker ebenfalls noch dazu Stellung nehmen. Ich bitte Sie, den Rückweisungsantrag abzulehnen. Wie gesagt, wir budgetieren nach dem Vorsichtsprinzip und wir haben entsprechend ein Defizit budgetiert. Das Defizit muss aber grösser als 2 Millionen Franken und die Verschuldung höher als 1'000 Franken pro Einwohner sein, um

eine Steuerfusserhöhung zu beantragen. Bis dahin können wir den Bilanzüberschuss aus früheren Jahren von gegenwärtig 70 Millionen Franken abbauen. Wir leben also nicht auf Kosten der Zukunft, sondern wir nutzen die Überhänge der Vergangenheit. Das ist doch ein wesentlicher Unterschied. Und diese Überhänge sind im Übrigen zu einem Zeitpunkt entstanden, als der Steuerfuss bis zu 85 % war, also wesentlich höher.

Zur Vergangenheit gehört auch der Bau unserer vielfältigen städtischen Infrastruktur. Viele von diesen Infrastrukturen kommen in ein Alter, wo sie saniert oder gar erneuert werden müssen. Errichtet wurden sie – in den 70er-Jahren meistens – bei einem Steuerfuss von 85 %. Mit welchem Steuerfuss werden wir sie erneuern? Mit dem gegenwärtigen Steuerfuss? Nehmen wir die stadträtlichen Kriterien für eine Steuerfusserhöhung kumulativ, so wie Sie das gewollt haben, so ist eben die Zeit für eine Erhöhung nicht gekommen. Doch die Zunahme der Spitexkosten, der Prämienverbilligungskosten, der Kosten für den ÖV und der Abschreibungen von Investitionen, also alles gebundenen Ausgaben machen die zusätzlichen Einnahmen aus dem Zuwachs an Bevölkerung und Steuerkraft wett. Wett, das heisst, der Spielraum für die Stadt wird bei den ungebundenen Ausgaben kleiner. Kleinerer Spielraum heisst, dass die Stadt je länger desto weniger auf sich ergebende Chancen oder zu bewältigende Entwicklungen reagieren kann. Ganz zu schweigen von steuern oder gestalten. Wir könnten der Dynamik der gesellschaftlichen Entwicklungen in vielen Bereichen nicht mehr begegnen. Frauenfeld würde stehenbleiben. Und wer stehenbleibt, wird bekanntlich abgehängt. Deshalb möchten wir zusammen mit Ihnen, lieber Gemeinderat, Frauenfeld voranbringen, und dies geht nur, wenn wir dazu die nötigen Ressourcen, seien es finanzielle oder auch personelle, haben. Ich bitte Sie daher um Ablehnung des Rückweisungsantrags.

Stadtrat Andreas Elliker (SVP): Der Stadtrat dankt den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten für ihre Rückmeldungen und kritischen Voten zum Budget. Wir schauen den Budgetprozess als Beratung an, was wir für folgende Budgets anders machen können und wie wir in Zukunft vorangehen können. Als ich vom Rückweisungsantrag der Fraktion SVP/EDU hörte, ging ich bei meinen Amtsleitern vorbei und fragte sie, was 2015 beim Referendum in der Stadtverwaltung passierte. Das ist für mich relevant. Es geht um Franken, es geht um Steuerfranken. Man kann es sich so vorstellen wie ein Zug, der Rollt. Wenn ein Zug gebremst wird, fängt er auch nicht mehr gleich schnell an zu rollen. Also bei einer Rückweisung hätte das Konsequenzen, dass gewisse Projekte, gewisse Arbeiten zurückgestellt werden und erst dann wiederaufgenommen werden, wenn wir das Gros des Gemeinderats oder der Bevölkerung zum Budget 2020 haben. Weiter hat die Stadt Frauenfeld 20 Jahre auf Kosten der Liegenschaften gelebt. Und dieses holt uns ein. Jeder Monat, jedes halbe Jahr, jedes Jahr, welches wir bei den Liegenschaften noch länger warten, um ein Konzept und eine klare Strategie zu machen, ist verlorene Zeit und die Probleme werden mit der Zeit für die nächsten Generationen kumuliert. Gewisse Zeitpläne werden durch eine Ausbremsung eines Budgetprozesses oder einer Freigabe des Budgets verschoben. Damit können wir leben, es ist in der Verantwortung des Gemeinderats, das ist auch richtig, dass wir von euch da auch darauf hingewiesen werden. Es ist auch so, dass Frauenfeld sich für die Zukunft wappnen muss, es geht um Wirtschaftsförderung, es geht um Entwicklungsgebiete, es geht um die Kaserne, es geht um den Murgbogen, es geht um das Gesamtbild, beim Gesamtbild geht es um die Agglomerationsprogramme, da wollen wir am liebsten an die Honigtöpfe des Bundes, besser morgen als übermorgen, dass unsere Stadt da vorankommt und damit können wir langfristig wie auch kurzfristig Steuergelder sparen, indem der Bund uns mit Beiträgen unterstützt. Diese sind dann nicht abschreibungsrelevant, dies wird sich irgendwann auch auf den Steuerfuss auswirken. Aber ich habe klares Verständnis, dass 2 Millionen Franken Defizit im stadträtlichen Budget nicht überall gut ankommt, bei mir persönlich auch nicht. Wir haben im

Kollegium intensiv diskutiert und ich bin überzeugt, mit der neuen Zusammensetzung und der guten Zusammenarbeit im Stadtrat können wir auch im Lauf der Legislatur, wenn die neuen Stadträte besser eingearbeitet sind, etwas noch herausholen. Damit bitte ich Sie, diesen Rückweisungsantrag abzulehnen, damit der neue Stadtrat sich eine Gesamtübersicht machen und dadurch auch das Defizit einschränken oder reduzieren kann.

Abstimmung

Der Antrag auf Rückweisung des Budgets an den Stadtrat der Fraktion SVP/EDU wird mit 8 Ja-Stimmen gegen 29 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

Gemeinderat Christoph Tschanen (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Wir danken vorab allen für das akribische Aus- und Überarbeiten der Budgets, das Budgetstudium, die Vorberatungen und die Arbeit in den GPKs. Auch danken wir an dieser Stelle ganz herzlich den jeweiligen GPK-Präsidenten, das ist immer eine grosse Arbeit. Drei Punkte vorab zum Budget 2020:

1. Wir begrüssen den unveränderten Steuerfuss und die Anpassung einzelner Konten nach der Überarbeitung nach unten.
2. Unter Sparen und vernünftigem Umgang mit Steuergeldern verstehen wir auch dieses Jahr als SVP/EDU-Fraktion nicht das Gleiche wie der Stadtrat. Seit Jahren wird von verschiedensten Gemeinderatsmitgliedern, allen voran von unserer Fraktion gepredigt, das Wünschenswerte von Notwendigen zu trennen. Wir stellen uns in Anbetracht der aufziehenden Wolken am Steuerfrankenhimmel die Frage, wie der Stadtrat bei schlechter Wirtschaftslage ein ausgeglichenes Budget präsentieren möchte. Die Exekutive trotzt Jahr für Jahr den Predigern und zeigt wenig bis keinen Effort, die Kosten besser in den Griff zu bekommen. Im Gegenteil: Es werden neue, meist wiederkehrende Projekte angestossen, die schwer wieder aus dem Haushalt zu streichen sind. Zum Beispiel die Weihnachtsbeleuchtung.
3. Der Posten im Ordner Register 3 S. 23 40'000 Franken im Kulturbudget zu reduzieren, ist nach unserer Auffassung im Budget am falschen Ort platziert und ist zu wenig transparent. Auch die Zusatzinfo aus dem Amt für Kultur gibt keinen vollständigen Aufschluss über die 40'000 Franken. Danke für die Erklärung im Anschluss, warum das so möglich ist. An dieser Stelle ist es uns aber auch ein Anliegen, dass unsere Fraktion die Vereine mit Leistungsvereinbarungen nicht für ihren sparsamen Umgang mit den Vereinsfinanzen bestrafen will.

Unsere Punkte, die wir für erklärungsbedürftig oder kürzungs- und streichungsfähig halten:

Kulturförderung: Im Bereich der Kulturförderung und deren Begründung im Vorfeld dieser Debatte vermissen wir folgende Gedankengänge: Eine Anschubfinanzierung ist nach unserem Gedankengut eine Initialzündung, um ein Projekt überhaupt zu starten. Mit der Begründung, dass nach sieben oder neun Jahren keine Anschubfinanzierung mehr notwendig ist, kommen wir klar. Dass diese Beträge dann telquel ins Budget genommen werden, lässt uns aber Fragen stellen. Nach dem Anschub und aus Erfahrung der durchgeführten Veranstaltungen sollten Budgets nun mehr oder weniger ausgeglichen gestaltet werden können. Somit können die Unterstützungsbeiträge der Stadt zumindest reduziert werden. Dass dies am Ende auf Kosten von sehr engagierten und haushälterisch besorgten Vereinen gehen soll, betrachten wir als besorgniserregend.

Stellenentwicklung und Chancen daraus: Persönliche Veränderungen von einzelnen Mitarbeitenden, neue Aufgabenzuteilungen, angepasste Stellenbeschriebe, mehr Aufgaben aus kantonalen Vorschriften usw. bieten am Ende auch immer wieder Chancen für Optimierungen und Anpassungen, wie der Stadtpräsident vorhin bereits erwähnt hat. Bei der Stadtentwicklung wird durch eine persönliche Veränderung eines Mitarbeiters eine Stelle vakant. Wir bitten den Stadtrat an dieser Stelle, sich die Chance nicht zu verbauen und die Stadtplanung, Standortförderung und Stadtentwicklung in einem zusammenzufassen. Es soll sogar möglich sein, die Stelle in Zukunft zu kompensieren und so optimal auch für die Zukunft gerüstet zu sein. Ganz nebenbei: Den Personalausbau zu stoppen, sollte im Zeitalter der Digitalisierung, Optimierung und der übergeordneten Zusammenarbeit sogar ein Legislaturziel sein. Zum Beispiel die Sollzahl der Vollzeitstellen von 2010 wieder zu erreichen.

Dienstleistungen Dritter: Gefühlt wird diese Position auf jeder dritten Seite aufgeführt. Wir stellen uns da zwei Fragen. Haben wir nicht Mitarbeiter in unseren Reihen, welche die geforderten Qualitäten mitbringen und noch Kapazitäten haben, auch über die Departemente hinweg? Oder die kritische Fragestellung der jeweiligen Verantwortlichen: Ist diese Auslagerung überhaupt notwendig oder kann in Anbetracht der fehlenden 2 Millionen Franken das Projekt sogar zurückgestellt werden? Zum Beispiel die Quartierentwicklung.

Personalbereich: Im Personalbereich gönnen wir von ganzem Herzen den Lohn und alle Vorzüge, die das Mitarbeiterreglement bietet. Es ist nach unserer Auffassung ganz klar eine Aufgabe der Verwaltung zu hinterfragen, ob diese Regelung noch zeitgemäss ist. Aufgrund einer fraktionellen Nachfrage bei der Abteilung Finanzen und Administration haben wir festgestellt, dass viele Punkte im Vergleich mit dem Kanton – ich nehme da auch die Privatwirtschaft – sehr grosszügig gehandhabt werden. So kostet für jeden Bürger die ID 70 Franken, die Mitarbeitenden der Stadt bezahlen gerademal 49 Franken. Wir bekommen die ID vielleicht höchstens am Black Friday für 49 Franken, aber sonst bezahlen wir einfach die 70 Franken. Und haben Sie gewusst, man kann sich im Rathaus auch zu vergünstigten Konditionen hin und wieder eine Massage gönnen. Das ist eine Möglichkeit unserer Mitarbeitenden. Ich vergönne das keinem und wenn ich es hätte, würde ich es auch sehr gern nehmen. Absolut. Ich denke, die Leute haben das im Grundsatz sehr wahrscheinlich damals auch verdient und sie bringen eine tolle Leistung, aber wenn im Budget 2 Millionen Franken fehlen, müsste man sich sicher gewisse Gedanken machen. Um die Budgetdebatte nicht zu verlängern, werden wir an dieser Stelle keine Streichungsanträge stellen und dass mit einer Motion im neuen Jahr auf den Tisch bringen.

Investitionen: Allgemein gilt festzustellen, dass auch hier zwischen dem Wünschenswerten und dem Notwendigen zu unterscheiden wäre. Wir vermissen den stadträtlichen Sparwillen in vielen Bereichen. Schnittstellenoptimierung, Optimieren von Abläufen, mögliche Aufgabenkombinationen, Hinterfragen von Prozessen, wie wir es vorhin schon angetönt haben, und das Papier, das eben noch nicht da ist, dann hätte man das auch im Griff und hätte eine Übersicht. Kosten-Nutzen-Analyse, Projektitis ist ausgebrochen. Das waren bereits unsere Worte zur Budgetdebatte 2019 und geben uns zu denken, dass wir zum Budget 2020 wieder genau dasselbe feststellen und sagen müssen.

Weihnachtsbeleuchtung, geschätzter Claudio, da kommen wir wieder auf deine Frage resp. dein Votum zurück. Bei der Weihnachtsbeleuchtung werden wir mit einem Streichungsantrag aufwarten. Wie im normalen Leben vergeht auch hier ein Jahr viel zu schnell. Auch dieses Jahr fiel eine versprochene Botschaft den 365 Tagen zum Opfer. Eine in Aussichtgestellte Botschaft werden wir aber trotz des Anbruchs der neuen Dekade und somit von 3653 Tagen ablehnen. Wie

gesagt, dort haben wir schon mehr als ein Jahr auf eine Botschaft gewartet und entsprechend steht auch unser Rückweisungsantrag in vielen Zusammenhängen damit.

Gesamtstrategie und Koordination Quartierentwicklung: Wir haben mit dem Projekt AWIQ bereits ein übergeordnetes Projekt, das in Umsetzung ist und wir können nicht verstehen, warum bereits vor Abschluss der Umsetzung wieder ein neues Projekt zu Tage gefördert wird.

Im Allgemeinen möchten wir feststellen, dass im Grundsatz gute und zuverlässige Arbeit geleistet wird. Wie bereits einleitend erwähnt, ist es aber vor allem eine Arbeit der Exekutive, dass das Wünschenswerte vom Notwendigen zu trennen ist. Es ist mit aller und voller Kraft danach zu streben, ein ausgeglichenes und ausgewogenes Budget zu präsentieren, resp. darauf hinzuarbeiten. Es muss unser grösstes Bestreben sein, dass wir unseren Haushalt ins Lot bringen und nicht unsere Kinder und Kindeskiner unser Luxusleben zu berappen haben. Danke fürs Engagement und die Umsetzung.

Gemeinderatspräsidentin Severine Hänni (SVP): Ich möchte Sie an die 10 Minuten Redezeit erinnern. Bitte nicht vergessen. War noch knapp drin.

Register 1 Botschaft mit Anträgen

Keine Voten.

Register 2 Investitionsrechnung

Keine Voten.

Register 3 Erfolgsrechnung

Departement 1 Finanzen, Stadtentwicklung und Zentrales

Gemeinderat Stefan Vontobel(FDP), Referent im Namen der GPK Finanzen und Administration: Die GPK hat in ihrer Sitzung vom 12. November die Botschaft des Stadtrats zum Budget der Stadt Frauenfeld der Departemente Finanzen, Stadtentwicklung und Zentrales beraten. Ich informiere den Gemeinderat hier zu den Beratungen aus der Kommission.

Zuerst zur Erfolgsrechnung:

Unter dem Titel 1000 Gemeinde war die Frage zum Konto 3130.02 Porto S. 7 mit 60'000 Franken. Hier wurde durch den Stadtrat präzisiert, dass es sich hierbei um Wahl- und Abstimmungsmaterial handle.

1100 Stadtrat: Ebenso wurde beim Konto 3000.00 Löhne auf Nachfrage seitens der Kommission klargestellt, dass der höhere Betrag gegenüber dem Budget 2019 auf eine Budgetungenauigkeit zurückzuführen sei und in der Rechnung dann richtiggestellt wird. Der Stadtrat hat sich also keine Lohnerhöhung gegeben.

Zu Konto 3130.12 Anlässe wurde auf Nachfrage durch den Stadtrat festgehalten, dass das Schlussessen des Grossen Rats durch die Stadt Frauenfeld bezahlt werde und dies Tradition sei.

Die Frage zum Konto 3132.00, ob die Honorare der externen Berater für die Legislatorschwerpunkte gerechtfertigt sind, wurde durch den Stadtrat beantwortet, dass dies mehrere Workshops zwischen den Amtsleitern und dem Stadtrat waren und im Hinblick auf deren Wichtigkeit auch gerechtfertigt sind.

1200 Departementsbezogene Aufwendungen und Erträge: Zum Konto 3130 Dienstleistungen Dritter S. 9 wurde nachgefragt, warum diese Position um 15'000 Franken ansteigt. Es ist geplant, den mittlerweile veralteten Imagefilm zu ersetzen. Es sind zwei Tranchen geplant mit Totalkosten von 30'000 Franken.

Die im Konto 3102.00 Kommunikation und Publikation dargestellte Kostenreduktion ist auf den Wegfall der gedruckten Einwohnerzeitung zurückzuführen. Dies ist Teil des Sparprojekts Balance.

3130.40 Marketing: Die Frage nach der Notwendigkeit von 19'000 Franken für Social-Media-Aktivitäten und den Nutzen dieser Arbeit wurde durch den Stadtrat wie folgt erklärt: Die Stadt ist heute aktiv auf Facebook und Instagram und dies ist Teil des städtischen Auftritts. Es werde eine hohe Wahrnehmungsquote der Stadt auf diesen Medien festgestellt und es können auch Kurzfilme zu Projekten gezeigt werden. Ebenso werde der Geschäftsbericht überarbeitet, der in der heutigen Form nicht mehr ansprechend ist. Dies ist eine einmalige Ausgabe. Zudem wird vom Stadtrat erläutert, dass die Medienbeobachtung hilfreich sei, um zu wissen, was auf diesen Plattformen diskutiert wird, weshalb täglich ein Bericht hierzu generiert wird. Die Ausgaben zur Überarbeitung des Geschäftsberichts mit 5'000 Franken wurden von der Kommission als legitim angesehen.

1210 Stadtkanzlei: Beim Konto 3010.00 Löhne S. 10 werden 70'000 Franken weniger Aufwand ausgewiesen. Dies ist auf eine Umverteilung und teilweise Reduktion zurückzuführen. Die Liegenschaftsverwaltung wird neu durch zwei andere Departemente geführt.

1211 Patente und Gebühreninkasso: Die Einnahmensteigerung beim Konto 4120.01 S. 12 Wirtschafts- und Alkoholverkaufspatente ist auf mehr Gesuchseingänge zurückzuführen, unterliegt offenbar traditionell Schwankungen.

1213 Veranstaltungen: Der Rückgang beim Konto 3130.11 Jungbürgerfeier S. 13 hängt jeweils von der Anzahl der Teilnehmenden ab, ebenso variieren auch die Kosten für die Unterhaltung.

1219 Rathausverwaltung: Die Kosten beim Konto 3043.00 Wohnungszulagen S. 13 sind nicht neu, die waren vorher Teil eines anderen Kontos (3010.00).

1230 Informatikdienste: Bei insgesamt ansteigenden Kosten von 148'850 Franken wurde nachgefragt, wie die Strategie der Informationsdienste aussehe, ob es sich hier um Betriebskosten handle oder auch um Projekte. Der Stadtrat führte hierzu aus, dass insgesamt drei Personen die Informatik betreuen und für eine Entwicklung keine Zeit vorhanden ist.

Beim Konto 3118.00 Anschaffungen immaterielle Anlagen S. 15 wurde hinterfragt, ob es sich um Ersatzinvestitionen oder um Effizienzsteigerungen und Digitalisierung handle. Dies wurde durch den Stadtrat bejaht und präzisiert, dass es sich bei der Grösse der Stadt Frauenfeld ein digitaler Kreditoren-Workflow nötig ist. Die zu erwartenden Kosten von 25'000 Franken basieren auf Richtpreisen, wurden von der Kommission aber kritisch hinterfragt.

1250 Friedhof und Stadtgärtnerei: Beim Konto 3111.10 Anschaffung Fahrzeuge wurde diskutiert, ob 15'000 Franken für das geplante Elektrofahrzeug mit Totalkosten von 40'000 Franken aus dem Energiefonds finanziert werden kann oder nicht. Die Mehrheit der Kommission stützte die Ansicht des Stadtrats. Hierzu habe ich gehört, möchte die SP noch einen Antrag stellen.

1310 Amt für Kultur: Die im Konto 3636.01.00 Beiträge an verschiedene Vereine S. 23 aufgeführte Kürzung von 40'000 Franken wurde zusammengefasst und betrifft verschiedene Vereine. Zu diesem Thema gab es eine intensive Diskussion, wozu auch der Amtsleiter anwesend war. Neue Leistungsvereinbarungen werden derzeit nicht eingegangen. Es wurde ausgeführt, dass bei den Kürzungen auch auf die vorhandene Höhe des Eigenkapitals geschaut wurde. Es wurde in der Diskussion festgestellt, dass rechtlich eine Kürzung legitim ist, weil die Leistungsvereinbarung sich jeweils erneuert, sofern der Stadt- und Gemeinderat dem Vorschlag zustimmen. Auf Nachfrage der Kommission wurde bestätigt, dass es ein Controlling gibt und die Vereine Geschäftsberichte und Jahresrechnung abliefern müssen. Aufgrund der erwarteten Diskussion zum Thema heute Abend verzichte ich hier auf weitere Ausführungen.

1412 Standortförderung: Bei den im Konto 3140.40 Standortmarketing und Tourismus budgetierten Kosten geht es im Wesentlichen darum, den bisherigen Auftritt der Stadt, das Logo und das Motto zu überarbeiten.

1510 Finanzamt: Konto 3010.00 Löhne: Die neue Assistenzstelle mit 30 % wird dahingehend begründet, dass die Ressourcen seit mehreren Jahren sehr knapp seien und deshalb nur noch verwaltet und nicht weiterentwickelt wird.

Die im Konto 3401.00 Verzinsung Finanzverbindlichkeiten S. 32 deutlich tieferen Kosten sind auf das heutige Negativzinsumfeld im Geldmarkt zurückzuführen.

Bei der Frage der Investitionsrechnung in Register 2 wurde die Weihnachtsbeleuchtung ebenfalls diskutiert. Die Frage, ob ein Weiterausbau der Weihnachtsbeleuchtung geplant sei, wurde dahingehend beantwortet, dass derzeit alles beim Alten bleibe. Ein Weiterausbau wäre nicht möglich, da es hierzu eine Botschaft brauche, die sei auf das nächste Jahr geplant.

S. 9-22

12 Stadtkanzlei

3130 Imagefilm

Gemeinderat Ralf Frei (SP), Referent im Namen der Fraktionen SP und CH/Grüne/GLP:

Die 15'000 Franken für die erste Tranche des neuen Imagefilms erschienen uns doch ziemlich hoch, worauf ich den Stadtpräsidenten um weitere Informationen bat, die auch prompt geliefert wurden. So soll der aktuelle dreijährige Film erst 2021 ersetzt werden und für ihn sind gesamthaft 30'000 Franken vorgesehen, was schon beim aktuellen Film der Fall war. Der Stadtpräsident konnte sinnvoll begründen, warum ein neuer Imagefilm und der stattliche Betrag nötig sind. Es stellt sich allerdings die Frage, wo beim aktuellen Film die 30'000 Franken hingegangen sind. Technisch wurden da keine grossen Sprünge gemacht und inhaltlich ist er komplett austauschbar, um nicht zu sagen bieder. Ich möchte darum anmerken, dass wir für 30'000 Franken weit mehr erwarten als ein altbackenes Standardwerk. Wir werden auf jeden Fall ein Auge darauf

haben und möchten den Stadtrat hiermit aber ermuntern, effektiv ein neues Konzept zu verfolgen und den Film nicht einfach durch die nächste Schönwetterproduktion zu ersetzen, die obendrein nach zwei Jahren wieder gekübelt werden muss. Es geht schliesslich ums Image.

S. 9

Konto 3103.00 / 3130.40

Gemeinderat Heinrich Christ (CH), Referent im Namen der Fraktionen SP und CH/Grüne/GLP: Die Fraktionen SP, CH/Grüne/GLP unterstützen die Sparmassnahmen im Marketingbereich, insbesondere auch den Verzicht auf die Einwohnerzeitung, auch wenn diese teilweise sehr interessant war. Wir unterstützen es auch explizit, dass man den Geschäftsbericht überarbeitet. Wir hoffen einfach, dass er nicht, auch wenn er jetzt beim Marketing budgetiert ist, zu einem Marketinginstrument wird, sondern dass der Geschäftsbericht noch mehr als heute zu einem Mittel der politischen Arbeit und der Transparenzlegung gegenüber den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern wird.

13 Amt für Kultur

S. 23

Konto 1310.3636.01.00

Gemeinderat Roland Wetli (CH), Referent im Namen der Fraktionen SP und CH/Grüne/GLP: Wir haben ein gemeinsames Anliegen, einen gemeinsamen Antrag. Wir möchten die Streichung der pauschalen Kürzung von 40'000 Franken bei den wiederkehrenden Beiträgen.

Begründung: Ein grosser Teil des Kulturangebots in Frauenfeld wird von privaten Kulturträgern geleistet. Sie kennen sie alle, das sind Vereine, Genossenschaften und Privatpersonen. Der Anteil von Kulturaktivitäten, welche unsere Stadt selber organisiert, ist verhältnismässig klein und auch im Quervergleich mit anderen Städten unterdurchschnittlich. Jede funktionierende Gesellschaft setzt voraus, dass bestimmte Aufgaben unentgeltlich und freiwillig geleistet werden. Das Milizsystem hat in der Politik, auch hier im Rat, der Kultur, im sozial-karitativen Bereich und in der Vereinsarbeit einen hohen Wert, sie geniesst zu Recht eine breite und grosse Anerkennung. Die Bewohnerinnen und Bewohner unserer Stadt übernehmen Verantwortung für das Gemeinwohl, wie dies auch im Leitbild des Stadtrats zur Legislatur 2019-2023 postuliert wird. Die ehrenamtliche Kulturarbeit ist eine unverzichtbare Grundlage des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens in unserer Stadt. Dieses Engagement wird von der Stadt zu recht mit finanziellen Beiträgen unterstützt. Ohne dieses Engagement von Freiwilligen wäre das lebendige und breit aufgestellte Kulturangebot gar nicht möglich. Müsste die Stadt diese Leistungen selber erbringen, würde dies hohe Kosten zur Folge haben. Mit dem freiwilligen Engagement vieler Frauenfelderinnen und Frauenfelder sollten wir deshalb sorgfältig und mit Wertschätzung umgehen. Dahinter steht eine langfristige Aufbauarbeit, die nicht mit kurzfristigen Sparmassnahmen infrage gestellt werden darf.

Die vom Stadtrat beantragte Kürzung von durchschnittlich 10 % an die privaten Träger unserer Kultur sind ein falsches Signal und sie wirken demotivierend. Die deutlichen Reaktionen der Kulturveranstalter zeigen, dass dies gar nicht gut ankommt und als kleinlich empfunden wird. Ich

erinnere hier an die Briefe, die wir alle hier im Rat bekommen haben, es sind die Stadtmusik Frauenfeld, die Jugendmusik Frauenfeld, der Verein Musig i de Stadt, der Kunstverein Frauenfeld und der Frauenfelder Oratorienchor, die sich mit eindrücklichen Schreiben an uns gewandt haben. Man kann jetzt einwenden, dass es klar sei, haben wir heute im Rat gehört, dass sich die Betroffenen wehren. Ich würde es aber so einschätzen, es ist ja gerade ein Zeichen einer lebendigen Demokratie, wenn sich die Betroffenen zu Wort melden. Und den Vorwurf, den wir heute auch gehört haben, dass sich unsere Kulturveranstalter bequem in der Subventionshängematte eingerichtet hätten, der ist scharf zurückzuweisen.

Es gibt auch noch einen praktischen Aspekt in dieser Kürzungsübung. Das Stichwort dazu lautet Planungssicherheit. Viele Kulturveranstaltungen werden lange im Voraus programmiert und auch gebucht, und das gibt dann natürlich Schwierigkeiten, wenn ein Budget so kurzfristig gekürzt wird.

Für mich kommt noch ein wichtiger Aspekt hinzu. 2019 ist das Jahr der Milizarbeit in der Schweiz. Dieses Jahr steht unter dem Patronat des schweizerischen Gemeindeverbands, dem wir ja als Stadt Frauenfeld ebenfalls angehören. In der ganzen Schweiz werden aktuell Massnahmen zur Stärkung und Weiterentwicklung des Milizsystems diskutiert. Die in unserer Stadt geplanten Sparmassnahmen zulasten dieses Milizsystems sind das genaue Gegenteil dieser Bemühungen und senden ein falsches Signal auch über die Stadtgrenzen hinaus. Die geplante Kürzung ist für uns auch umso weniger verständlich, weil gleichzeitig bei den Beiträgen an die Vereinsjugendarbeit eine Erhöhung von 35 Franken auf 40 Franken pro Jugendlichen erfolgt, was wir sehr begrüssen und wie wir finden, auch die notwendige Wertschätzung für diese Vereinsjugendarbeit ausdrückt.

Die Kürzungsvorgabe des Stadtrats trifft das Amt für Kultur besonders hart. Das hat einen Grund. Dieses Budget unterscheidet sich von allen anderen Ämtern dieser Stadt in einem wichtigen Punkt. Vom gesamten Budget von rund 1.3 Millionen Franken gehen fast 800'000 Franken der Beiträge an private Dritte, eben an die Kulturveranstalter. Das ist ein Anteil von über 60 %. Die Sparmassnahmen, über die wir diskutieren, trifft somit nicht in erster Linie das Amt für Kultur oder die Leistungen, die die Stadt selber erbringt, sondern sie trifft die Leistungen von Dritten, die ehrenamtlich erbracht werden. In einem Amt wie dem Kulturamt, das ja vor allem Gelder verteilt, kann ein Sparauftrag weit weniger mit internen Massnahmen aufgefangen werden als bei anderen Ämtern. Dort gibt es zahlreiche Positionen, wo man ausweichen kann. Auch aus diesem Grund erachten wir die Kürzung als fragwürdig. Wir sind aber durchaus der Meinung, um hier keine falschen Gedanken aufkommen zu lassen, dass die Vereinbarungen zwischen der Stadt und den Kulturveranstaltern von Zeit zu Zeit überprüft und allenfalls auch angepasst werden sollen. Es gibt kein Gewohnheitsrecht auf städtische Kulturbeiträge. Anpassungen der Leistungsvereinbarungen mit den Veranstaltern müssen jedoch in einem sorgfältigen Prozess auf der Grundlage von nachvollziehbaren Kriterien und unter Berücksichtigung aller Interessen stattfinden. Pauschale Kürzungen im Budgetprozess sind dafür nicht der richtige Weg.

Gemeinderat Christoph Regli (CVP), Referent im Namen der Fraktion CVP/EVP: Spannend, dass der GPK-Sprecher nicht über die GPK-Meinung informierte, weil darüber ohnehin heute diskutiert werde. Aber vielleicht interessiert die Meinung ja doch. Man war dort auch sehr verunsichert, ob das etwas Vernünftiges ist. Die Idee des Kulturamts war vielleicht nicht wirklich ganz schlecht – im Gegensatz zum schrecklichen und unvernünftigen Vorgehen. An welcher Veranstaltung war da das politische Gewissen? Ich könnte mir vorstellen, dass sich einige Vereine damit anfreunden könnten, zweijährlich auf zum Beispiel 10 % des in der Leistungsvereinba-

rung besprochenen Betrags – ja rechtlich korrekt besprochenen Betrags, denn versprochen ist der Betrag ja nicht, wenn man die Leistungsvereinbarung genau liest – zu verzichten, wenn dafür die Leistungsvereinbarung unangetastet mit dem gleichen Betrag bestehen bleibt. Mit der Halbierung des Betrags im Budgetordner, der ja schon eine Reserve eingebaut hatte, sollte dies möglich sein, hiess es. Der Kulturverantwortliche war ja in der GPK bei der Beantwortung meines Antrags, die Reduktion zu reduzieren, der Meinung, dass sogar die Reduktion auf das budgetierte Niveau ohne böses Blut klappen sollte. Das Dummste wäre, wenn die Vereine ihre wertvolle Arbeit aufgrund mangelnder Wertschätzung reduzieren würden. Auch wenn wir uns den Weg zum Ziel so vorstellen können, wollen wir das Ziel nicht im Budget haben, wenn nicht aus Gesprächen mit Vereinen bekannt ist, dass das Ziel auch wirklich ohne Aufregung erreicht werden kann. Die Leistungsvereinbarungen längerfristig anzupassen, ist vielleicht nicht zwingend die beste Lösung. Wir wollen ja nicht die Vereine dazu motivieren, ihr Geld auszugeben, damit sie nachher den Betrag von der Stadt wieder zugute haben. Wenn uns eine Leistung eines Vereins etwas wert ist, dann sollten wir die langfristig geben und ich denke, hinter dem stehen wir alle – oder viele.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Ich möchte einleitend daran erinnern, dass das Kulturbudget 2020 um 64'000 Franken erhöht wird. Natürlich sind darin die 40'000 Franken zweijährlich für die Generations enthalten, aber auch so ist es eine Erhöhung um 24'000 Franken gegenüber dem Vorjahr. Der Stadtrat ist davon ausgegangen, dass die Last der Massnahmen zur Verringerung des Defizits – das war die Übungsanlage, die Ende September an die Ämter gemacht wurde – auf möglichst alle Ämter zu verteilen sei. Wie die einzelnen Ämter dies bewerkstelligen, war ihnen überlassen. Im Amt für Kultur wurden als Erstes die bereits im Sommer von Kulturkommission und Stadtrat beschlossenen Anpassungen einzelner Budgetposten teilweise wieder rückgängig gemacht. So wurde der Beitrag an die Theaterwerkstatt Gleis 5 um 5'000 Franken weniger erhöht, als ursprünglich vorgesehen, und die zur Entlastung des Kulturfonds vorgesehene Anpassung des Kontos Städtische und diverse Veranstaltungen wurde um 10'000 Franken weniger erhöht als vorgesehen. Im weiteren Vorgehen war der Leiter des Amts für Kultur bemüht, die vom Stadtrat beschlossenen Kürzungen so folgenfrei und schmerzlos wie möglich zu realisieren mit ungefähr 10 % aller wiederkehrenden Beiträge. Die wiederkehrenden Beiträge betragen zwischen 5'000 Franken und 120'000 Franken. Die Kürzungen hätten also pro Verein 500 Franken bis 12'000 Franken ausgemacht.

Im Hinblick auf die teils minimalen, kaum existenten Eigenkapitalien einzelner Vereine fielen Kürzungen zum Teil kleiner aus oder wurden ganz weggelassen. Hingegen wurden bei drei Vereinen, die über ein Eigenkapital von bis zu 400 % des Jahresaufwands verfügen, die Kürzungen auf maximal 15'000 Franken erhöht. Im Brief an die Kulturveranstalter schrieb der Leiter des Amts für Kultur, dass er sich dafür einsetzen werde, dass die Beiträge nicht im Budget gekürzt werden, also bei jeder einzelnen Position, sondern dass dies eine einmalige Massnahme sei, die er in einem separaten Posten zusammenfassen wolle, sodass nächstes Jahr dann hoffentlich ohne viel Aufhebens wieder der volle Beitrag ausbezahlt werden könne.

Nun, die Reaktionen der Kulturveranstalter fielen aus, aber nicht so eindeutig, wie Sie das in Ihrem Antrag sagen. Von elf Vereinen, deren wiederkehrender Beitrag 2020 gekürzt werden sollte, hat die Mehrheit nicht reagiert, nämlich sechs. Ein Teil der Vereine hat sogar Verständnis bekundet, verbunden mit der dringenden Hoffnung, dass es sich wirklich um eine einmalige Massnahme handelt. Fünf der betroffenen Vereine – Sie haben sie erwähnt – haben deutliches Missfallen am Entscheid des Amts für Kultur geäussert und die Aussetzung des Entscheids gefordert, Sie haben die Schreiben erhalten. Der Leiter des Amts für Kultur, der selber mehr als 30

Jahre seine ganze Freizeit für die Frauenfelder Kultur gearbeitet hat, ohne damit einen Rappen zu verdienen, ging bei seinen Kürzungen vom Gedanken der Solidarität aus und wäre nie auf die Idee gekommen, dass einzelne Veranstalter den Entscheid nicht verstehen würden. Im Nachhinein verstehen aber sowohl der Leiter des Amts für Kultur als auch ich die Kritik, dass Kürzungen bei Vereinen, die viel ehrenamtliche Arbeit leisten, als falsches politisches Signal missverstanden werden können. Das war aber zu keinem Zeitpunkt unser Ansinnen. Ausserdem sollten wir die Kritik an zu hohen Eigenkapitalien der Vereine nicht mit Kürzungen verbinden. Dazu sind Neuverhandlungen der Leistungsvereinbarungen allenfalls angebracht. Dennoch beantragen wir Ihnen aus Spargründen, den Posten mit den pauschalen Kürzungen von 40'000 Franken im Budget zu belassen. Christoph Regli hat das erwähnt, die Kürzungen, die den Vereinen kommuniziert worden sind, sind höher als dieser Betrag von 40'000 Franken, was eben den Spielraum gibt, bei den Diskussionen und Nachverhandlungen, die jetzt anstehen, unter Umständen, wo es angezeigt ist und gut begründet werden kann, weniger zu kürzen als ursprünglich kommuniziert. Was können das für Gründe sein? Die Eigenkapitalien, die in den Büchern stehen, können zum Beispiel auf hohe Materialdepots zurückzuführen sein, gerade bei der Musik, also auf viele Musikinstrumente, und die lassen sich ja nicht einfach so schnell in Geld ummünzen, sollten das auch nicht werden, deshalb muss man da wirklich beim einzelnen Fall genauer hinschauen und dazu werden wir jetzt auch Zeit haben.

Abstimmung

Antrag Fraktionen SP und CH/Grüne/GLP	25 Stimmen
Antrag Fraktion SVP/EDU	10 Stimmen
Enthaltungen	5 Stimmen

Gemeinderat Thomas Gemperle (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Im Namen der Fraktion SVP/EDU stelle ich drei Kürzungsanträge.

Der erste Antrag betrifft das Konto 3636.0120 auf Seite 24 Beitrag an Theaterverein Gleis 5. Wir beantragen die Kürzung von 25'000 Franken auf 15'000 Franken minus 10'000 Franken.

Der Theaterverein Gleis 5 würde offenbar gern die Anzahl Produktionen steigern. Es ist unverständlich, warum hier nicht längst die Strukturen dahingehend angepasst wurden, dass eine grössere Selbstfinanzierung möglich ist. Unsere Fraktion ist der Meinung, dass das Grundangebot, das bisher finanziert wurde, gut ausreicht und zusätzliche Vorführungen anderweitig, d. h. bspw. mit Sponsoring oder höheren ticketbeiträgen finanziert werden sollten. Randbemerkung: Interessant ist ja, dass bei diesem Konsumwachstum nie kritische Fragen gestellt oder die Höhe der CO2-Belastung dieser Veranstaltungen hinterfragt werden.

Zwei weitere Anträge betreffen die Konten 3636.0122 Beitrag an den Verein Out in the Green Garden. Hier beantragen wir die Reduktion von 20'000 Franken auf 10'000 Franken minus 10'000 Franken; und beim Konto 3636.0123 Beitrag an Verein Musig i de Stadt beantragen wir die Kürzung von 20'000 Franken auf 10'000 Franken minus 10'000 Franken.

Begründung: Wie so oft sollen Anschubfinanzierungen in dauerhafte Subventionen überführt werden. Offenbar ist der Anschub nicht hundertprozentig geglückt, sonst wäre eine finanzielle Verpflichtung in derselben Höhe wie die Anschubfinanzierung nicht nötig. Da von den Vereinen nicht einmal ein Teil des städtischen Anschubbeitrags übernommen wird, sollen diese Konten um je die Hälfte reduziert werden und damit ein Anreiz geschaffen werden, entweder zu redi-

mensionieren oder zusätzliche Finanzierungen abseits der Stadt Frauenfeld zu finden. Beim Out in the Green Garden stösst zudem der Gratis Eintritt auf Unverständnis in unserer Fraktion.

Gemeinderat Heinrich Christ, (CH), Referent im Namen der Fraktionen SP und CH/Grüne/GLP: Wir empfehlen Ihnen, diese drei Anträge abzulehnen. Begründungen gibt es viele.

Vielleicht zum Thema Anschubfinanzierung: Kultur funktioniert halt ein bisschen anders. Auch wenn es gut läuft, beruht das halt immer auf Subventionen. Aber diese Subventionen sind nicht verlorenes Geld, sondern schlussendlich auch Investitionen in unseren Standort.

Zum Thema Ticketpreise: Beim Out in the Green Garden ist es nicht so, dass das gratis ist, sondern wenn man dort geht – und da empfehle ich euch allen, nächstes Jahr dort vorbeizugehen, das ist wirklich lohnenswert –, wird man aufgefordert, einen freiwilligen Beitrag zu leisten. Und die meisten Besucher machen das auch. Und soweit ich weiss, war das auch eine Forderung der Stadt, dass das Gelände für Spaziergänger etc. offenbleibt.

Gemeinderat Peter Hausammann (CH): Noch eine kurze Bemerkung zum Votum meines Vorredners zum Konto 3636.0120, das ist der Beitrag für das Theater Gleis 5. Das Theater Gleis 5, wer schon dort war, wird das sofort unterstützen, bietet qualitativ sehr gutes Theater für wenig städtische Gelder. Es ist ein super Preis-Leistungs-Verhältnis für uns Stadt. Dahinter stehen initiative, innovative, professionelle und – liebe SVP – unternehmerisch denkende Leute. Es ist ein Glücksfall für Frauenfeld, dass sich das Theater Gleis 5 vor ein paar Jahren hier in Frauenfeld installiert hat. Das ist nicht selbstverständlich, da haben wir wirklich Glück gehabt und das müssen wir fördern, nicht erschweren.

Gemeinderat Stefan Geiges (CVP), Referent im eigenen Namen: Ich wollte zu diesem Thema eigentlich nichts sagen, jetzt muss ich doch etwas sagen. Ich habe mich bei der letzten Abstimmung enthalten, und zwar aus einem Grund. Wir sind der Gemeinderat, wir vertreten das Volk, und wir vertreten in erster Linie das Frauenfelder Volk und die Steuerzahler selbstverständlich. Ich glaube, es ist nicht unser Job, irgendeinen Verein zu vertreten. Das ist sicher legitim, aber ich glaube, wir vertreten die 24'000 Leute mit 40 Personen in diesem Saal drin. Der Stadtrat hatte im letzten Traktandum den Mut, 40'000 Franken zu sparen. Meine Damen und Herren, wenn Sie heute beim Umweltschutz, beim Sozialen und der Kultur nur schon das Wort Sparen in Verbindung halten, dann haben Sie ein Problem als Exekutive und sind froh, wenn Sie nächstes Mal überhaupt noch gewählt werden. Daher habe ich hier ein bisschen eine andere Einstellung. Ich bedanke mich beim Stadtrat für den Mut und ich hoffe, dass er den Mut nicht verliert, weiterhin Sparmassnahmen zu machen. Der Grund für meine Enthaltung ist ganz einfach, und da bin ich mit meinem Fraktionssprecher einig, wie sie es gemacht haben, war nicht unbedingt schlau aus meiner Sicht. Und jetzt kommen wir zum zweiten Antrag, jetzt fangen wir an, links gegen rechts auszuspielen. Jetzt fangen wir an zu diskutieren, ob Out in the Green gut ist oder nicht gut ist. Ich bin zufälligerweise einmal am Out in the Green vorbeigelaufen, ich bin nicht hier, um das zu beurteilen. Und ich bin nicht der Meinung, dass es der Job von 40 Leuten hier drin ist, die 24'000 Leute vertreten, um jetzt anzufangen, einander gegenseitig auszuspielen. Daher lehne ich diesen Antrag ab, auch wenn er Sympathie hat, und zwar nicht Sympathie zum Out in the Green oder ein anderes zu streichen, sondern es ist nicht die Idee, dass wir einander gegenseitig ausspielen. Ich erlebe das heute auf nationaler Ebene, ich erlebe es auf kantonaler Ebene und ich bedaure es, wenn es bei uns hier im Gemeinderat Frauenfeld in Zukunft auch so geht. Nach wie vor: Ich gratuliere dem Stadtrat zu seinem Mut, den er hatte, auch bei

der Kultur zu sparen – wie auch sonst überall, leider hat er oder sein Mitarbeiter es nicht so schlaue angepackt. Ich lehne den Antrag aus diesem Grund ab. Aber ich bitte Sie, vertreten Sie 24'000 Leute und nicht einzelne Personen. Wir haben hier im Rat eine Gesamtverantwortung.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Ich nehme gern Stellung zu diesem Antrag aus der SVP, weil er mit einigen Fragen verbunden war, die zu beantworten ich jetzt die Gelegenheit habe.

Theaterwerkstatt Gleis 5 hat bereits in den Vorjahren Gelder erhalten. Sie haben nicht den Wunsch, auf vier Produktionen zu erhöhen, sondern sie haben schon erhöht. In der Vergangenheit haben wir bei der Leistungsvereinbarung zwei Produktionen eingeschlossen gehabt und jeweils die anderen zwei über die Beträge, die aus dem Kulturfonds kommen, auch finanziert. Insofern ist es jetzt eine Verlagerung dieser Kosten von einem zum anderen, damit wir für neu dazukommende Initiativen wieder Mittel aus dem Kulturfonds bekommen, um diese dann unterstützen zu können. Die Theaterwerkstatt Gleis 5 hat, wie das meine Vorredner gesagt haben, sich sehr bewährt, ist wirklich ein Aushängeschild für Frauenfeld, macht ausgezeichnete Arbeit zu einem für die Stadt Frauenfeld sehr kleinen Preis, auch wenn natürlich 25'000 Franken nicht nichts sind, da möchte ich mich nicht missverstanden sehen. Aber im Verhältnis dazu, was sie leisten, ist es ein wirklich kleiner Betrag.

Out in the Green Garden und Musig i der Stadt wurden in der Vergangenheit auch über Finanzierungen aus dem Kulturfonds angestossen, das ist richtig, also eine gewisse Anschubfinanzierung. Nun ist es aber bei Kulturanschubfinanzierungen nicht per se so gemeint, und nachher müsst ihr selber. Das wäre bei einem privatwirtschaftlichen Unternehmen vielleicht so, bei einem Start-up sozusagen, das dürfen wir schon nicht so vergleichen, sondern wir machen diese Anschubfinanzierung, um zu schauen, ob es ein Publikum dafür gibt, ob sich die Qualität entwickelt, ob es das kulturelle Leben von Frauenfeld für uns alle bereichert, und wenn das so ist und das ist in diesen zwei Fällen so, dann finden wir, hier können wir jetzt mit Leistungsvereinbarungen anfangen und müssen das nicht mehr über jedes Jahr neu zu beantragende Beträge machen.

Weshalb Out in the Green Garden keinen Eintritt verlangen kann: Sie mögen sich erinnern an diese Geschichte, wo überall Out in the Green Garden stattgefunden hat. Es war einmal hinter dem Obergericht, im botanischen Garten, dann ist es auf die Wanderschaft gegangen und im Murg-Auen-Park gelandet. Das erste Mal, als es dort war, hat es ziemlich Rabauz gegeben aufgrund einerseits der Nachbarschaft, aber auch aufgrund dessen, dass man den ganzen Murg-Auen-Park eingezäunt hat. Da haben viele Frauenfelder und Frauenfelderinnen gesagt, das geht nicht, ihr könnt den öffentlichen Park nicht einfach absperren. Deshalb haben wir gesagt und entsprechend auch die Handlungsanweisungen, die Richtlinien für den Park so gestaltet, dass der immer öffentlich zugänglich sein muss. Und ja, dann kann man keinen Eintritt verlangen, denn jeder, der durchspaziert, wäre dann ein potenzieller Zuhörer, wird es dann natürlich auch sein, ob er will oder nicht. Deshalb ist dieser Beitrag freiwillig. Ich kann Ihnen aber aus der Erfahrung in der Kirche sagen, wenn man ein Konzert macht und dort nicht einen Eintritt verlangt, sondern eine Kollekte, hat man am Schluss mehr im Kässeli, als wenn man einen Eintritt verlangt hätte. Und ich denke, dass das bei Out in the Green Garden auch der Fall ist. Deshalb möchte ich Ihnen beliebt machen, die drei Kürzungsanträge abzulehnen.

Abstimmung

Der Antrag zum Konto 3636.0120, Kürzung von 25'000 Franken auf 15'000 Franken (Theaterwerkstatt Gleis 5) wird mit 10 Ja-Stimmen gegen 29 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Der Antrag zum Konto 3636.0122, Kürzung von 20'000 Franken auf 10'000 Franken (Out in the Green Garden) wird mit 10 Ja-Stimmen gegen 27 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

Der Antrag zum Konto 3636.0123 Kürzung von 20'000 Franken auf 10'000 Franken (Verein Musig i der Stadt) wird mit 11 Ja-Stimmen gegen 27 Nein-Stimmen bei 2 1 Enthaltungen abgelehnt.

S. 27

1410.3130.00 Dienstleistungen Dritter, diverse

Gemeinderat Christian Mader (EDU), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Ich stelle fest, dass sich der Gemeinderat hier auf eine Non-Sparstrategie eingeschossen hat. Trotzdem bin ich motiviert, einen nächsten Antrag zu stellen. Ich beantrage namens der SVP/EDU-Fraktion die Kürzung um 40'000 Franken von jetzt 77'000 Franken auf neu 37'000 Franken.

Begründung: Dieser Budgetposten wird mit 77'000 Franken veranschlagt und ist somit um 60'000 Franken höher als im Budget 2019. 40'000 Franken sind für das Projekt Gesamtstrategie und Koordination Quartierentwicklung (Projekt 141.23, Register 3 S. 185 / 186) vorgesehen. Es soll die Erarbeitung einer Gesamtstrategie der Quartierentwicklung, unter anderem die Aufbereitung der Ergebnisse aus Partizipationsanlässen und weitere Grundlagen zur Entwicklung der gesamtstädtischen Umsetzung schaffen. Das alles tönt ja grundsätzlich gut, nur hören wir das seit Jahren und stellen mitunter fest, dass zu viele Quartierentwicklungsprojekte parallel zueinander am Laufen sind oder leider am Stocken. Die vor einem Monat eingereichte einfache Anfrage von Gemeinderat Fischer geht in einigen Fragen auch in diese Richtung. Unsere Fraktion fordert einen Marschhalt, eine klar strukturierte Gesamtstrategie, die nur eine übersichtliche Anzahl Projekte betreut und sauber zu Ende bringt, anstatt zu viele Projekte, die nur halbherzig und halbfertig sind. Nicht betroffen von unserem Antrag sind die Arbeiten Innenstadt gemäss Botschaft an den Gemeinderat vom 7. Mai 2019. Aus diesen Gründen beantrage ich Ihnen diese Streichung von 40'000 Franken.

Gemeinderat Roman Fischer (GP), Referent im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP und SP: Noch schnell eine Randbemerkung zu Christoph Tschanens Votum, dass das AWIQ-Konzept ja auch irgendwie in die Quartierentwicklung passt. AWIQ ist ja "Älter werden im Quartier", aber die Quartierentwicklung umfasst neben den älteren Mitbürgern auch alle anderen Einwohner.

Und nun zum Antrag von Christian Mader: Wir sind auch skeptisch gegenüber dieser Konzeptitis, Sie haben ja meine einfache Anfrage gelesen. Aber genau diese Gesamtstrategie und Koordination Quartierentwicklung soll eine Übersicht schaffen und mehr Struktur in die Quartierentwicklung bringen. Neben der Klärung der Strategie sollen Verantwortlichkeiten, Prozesse innerhalb der Stadtverwaltung sowie die Finanzierung genauer definiert werden. Hier soll mehr Ordnung in einen sehr unterstützenswerten Bereich der Stadt gebracht werden, der zugegebe-

nermassen etwas wild am Wachsen ist, der aber auch von vielen Freiwilligen aus unterschiedlichen Quartieren getragen wird. Wir sind der Meinung, diese Gesamtstrategie und diese Koordination ist notwendig. Wir wollen aber auch, dass da wirklich etwas geliefert und transparent und öffentlich informiert wird. Aus all diesen Gründen werden wir den Antrag nicht unterstützen.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Sie verlangen eine klare Strategie, aber Sie verweigern uns die Mittel dazu. Das kommt bei mir mindestens als Widerspruch herüber. Wir wollen mit diesen Mitteln, die wir beantragen, eben genau eine strategische Ausrichtung in die Quartierentwicklung hineinbringen. Die Quartierentwicklung hat sich in den vergangenen 20 Jahren entwickelt, das ist nicht erst gestern entstanden. Es sind sehr gute Institutionen entstanden, die gute Arbeit leisten. Ich erinnere da zum Beispiel an den Quartiertreffpunkt Ergaten-Talbach, der wirklich eine sehr gute, integrative Arbeit macht in einem Quartier, das sozial ziemlich belastet ist und deshalb eben auch dort platziert worden ist. Es gibt weitere Projekte, es gibt weitere Schritte, die gemacht wurden, AWIQ wurde erwähnt. Es sind noch andere aus verschiedenen Ämtern, und gerade weil das in verschiedenen Ämtern gewachsen ist, was sicher gut war, ist es jetzt an der Zeit, das zusammenzuführen. Wir haben bereits im Stadtrat einen ersten internen Bericht dazu erhalten von der zuständigen Mitarbeiterin, auch auf der Tribüne sitzend, und wir haben aufgrund dieses Berichts gesagt, da müssen wir wirklich über die Bücher gehen und die Frisur etwas strahlen und dann einen Zug hineinbringen und eine klare Ausrichtung. Und das wollen wir mit diesen Mitteln. Deshalb mache ich Ihnen beliebt, dass Sie den Antrag ablehnen.

Ich möchte an dieser Stelle noch etwas zum Amt für Stadtentwicklung und Standortförderung sagen, weil Christoph Tschanen das in seinem Votum angetönt hat und auch gesagt hat, er möchte gern wissen, was wir da vorhaben. Ich nehme jetzt einfach mal Ihr Votum zur Kenntnis, damit Sie mir aber dann in einem Jahr nicht allenfalls in den Mund legen, ich hätte dieses Zurkenntnisnehmen schon mit Umsetzen Ihres Vorschlags gleichgesetzt, enttäusche ich Sie jetzt auch gleich. Standortförderung, Wirtschaftsförderung und sozialräumliche Stadtentwicklung gehören in das Departement des Stadtpräsidenten, was räumliche Themen betrifft, so kann das durchaus in einem anderen Departement sinnvoll platziert werden, aber was wir hier genau zu welchem Zeitpunkt machen, das wollen wir eben auch mit einem Aussenblick machen. Und jetzt wären wir beim Thema, ob wir das mit eigenen Ressourcen oder allenfalls mit Externen machen. Weshalb haben wir so viele Positionen, wo Externe oder Dritte drin vorkommen? Weil unsere Personalressourcen hauptsächlich auf die Bewältigung unserer Standardaufgaben ausgerichtet sind und nur in einzelnen Ämtern und zu einem nicht sehr grossen Mass auf das Bewältigen von Projekten. Deshalb holen wir für Projekte eben gerade Externe dazu. Wollten wir überall auch die Kapazität in den Ämtern selber für Projekte schaffen, und ich denke da nicht nur an Bauprojekte, sondern auch andere Projekte, dann müssten wir die Personalressourcen noch viel massiver erhöhen, als wir das dieses Jahr beantragen. deshalb und weil auch ein Aussenblick sinnvoll ist, gehen wir hier mit Externen Personen vor.

Abstimmung

Der Antrag der Fraktion SVP/EDU auf Kürzung um 40'000 Franken beim Konto 1411.3130.00 wird mit 12 Ja-Stimmen gegen 27 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

S. 177 / 178

Investitionsrechnung

Projekt Weihnachtsbeleuchtung

Gemeinderat Christoph Keller (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Vorgängig zur Begründung möchte ich noch einen Irrtum unsererseits klären. An unserer Fraktionssitzung gingen wir davon aus, dass die gesamten 310'000 Franken für den Ausbau ausgegeben werden sollen. Fünf Minuten vor der heutigen Sitzung haben wir erfahren, dass nur 120'000 Franken für den Ausbau reserviert sind. Deshalb gilt unser Streichungsantrag natürlich nur für die 120'000 Franken für den Ausbau. Für diesen Irrtum möchten wir uns sehr entschuldigen.

Wir alle freuen uns über die gelungene Weihnachtsbeleuchtung in unserer Stadt. In verschiedenen Etappen wurde eine Attraktion geschaffen, welche über die Stadtgrenzen hinaus ein positives Echo ausgelöst hat. Leider hat es der Stadtrat aber auch nach mehreren Erinnerungen versäumt, dem Gemeinderat das wahre Ausmass der gesamten geplanten Kosten der Beleuchtung in einer Botschaft rechtzeitig vorzulegen. Dass der Stadtrat bei einem Budget mit mehr als 2 Millionen Franken Ausgabenüberschuss jetzt noch eine Tranche von 120'000 Franken investieren will, ist für die Mitglieder der Fraktion SVP/EDU unverständlich. Die Stadträte und die Amtsleiter haben uns an den GPK-Sitzungen versichert, dass das Budget in mehreren Sparrunden nochmals gekürzt wurde. Wenn bei Kürzungsrunden aber solche Brocken aus der Kategorie Nice to have im Budget verbleiben können, stellt sich schon die Frage, wie gross der Sparwille wirklich war. Wollen wir wirklich unsere unbestritten sehr schöne Weihnachtsbeleuchtung nochmals mit einem knappen Fünfliber pro Einwohner der Stadt vergolden? Geschätzte Mitglieder des Gemeinderats, machen auch Sie einen Schritt Richtung Bescheidenheit und lehnen auch Sie einen erneuten Ausbau der Weihnachtsbeleuchtung ab, den wir uns im Moment schlicht und einfach nicht leisten können und dürfen.

Gemeinderat Christoph Regli (CVP), Referent im Namen der Fraktion CVP/EVP: Ich bitte die SVP, die Erläuterung zu lesen und den Antrag zurückzuziehen. Oder trauen wir dem Stadtrat wirklich nicht mehr? Der Stadtrat sollte aber wissen, dass ein Ausbau in die Quartiere nicht von allen Seiten wirklich gewünscht oder gesucht wird. Wir warten also gespannt auf die Botschaft.

Gemeinderat Pascal Frey (SP), Referent im Namen der Fraktion SP: Auch wir haben von Beginn weg den Betrag gesehen und ihn hinterfragt. Die einzige Frage, die dabeibleibt, wenn wir hier ja oder nein stimmen, ist: Gibt es eine Botschaft bzw. kann über die Botschaft der Betrag im 2020 umgesetzt werden? Selbst wenn wir diesen Betrag jetzt im Budget 2020 ablehnen, kann der Stadtrat eine Botschaft bringen. Das ist sein freies Recht. Und diese dann im Budget 2021 aufnehmen. Wir haben gesagt, der Stadtrat soll eigentlich uns sagen, wenn wir hier schon darüber diskutieren, was es genau beinhaltet. Ich denke, das ist auch das, was Christoph Regli gesagt hat. Uns ist auch wichtig, dass gesagt ist, die Stadt hat eine schöne Weihnachtsbeleuchtung, wir freuen uns und erfreuen uns jedes Jahr daran, wir schätzen diese und die ist sehr stimmig. Von dem her bitte ich den Stadtrat, diese Information zu geben, was genau hier enthalten ist und was nicht, damit wir uns die Meinung bilden können.

Gemeinderatspräsidentin Severine Hänni (SVP): Gemeinderätin Julia Bünter hat den Rat aus privaten Gründen verlassen. Somit sind nur noch 39 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte anwesend, das absolute Mehr beträgt 20.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): In der laufenden Rechnung beträgt die Position 80'000 Franken. Die Kosten, die die SVP anspricht, sind auf zwei Jahre verteilt. Im einen Jahr

55'000 Franken, im anderen Jahr 65'000 Franken. In dem Sinn haben Sie also keine Position mit 120'000 Franken in diesem Konto.

Ich wurde gefragt, ob ich das Projekt nicht detaillierter ausführen könnte. Wir haben eine 20-seitige Botschaft vorbereitet. Wenn ich Ihnen jetzt die 20-seitige Botschaft darlegen würde, ich müsste sie aus dem Computer holen, könnte ich Ihnen alles im Detail ausführen. Wir haben diese Botschaft intensiv vorbereitet. Weshalb haben wir sie noch nicht gebracht? Weil wir immer gesagt haben, wenn wir einen Ausbau planen, dann bringen wir sie, deshalb haben wir sie 2019 nicht gebracht, weil wir die Weihnachtsbeleuchtung 2019 nicht ausgebaut haben. Sie ist im selben Umfang wie 2018. Jetzt wollen wir sie in 2020 noch abschliessend erweitern. Abschliessend sei an dieser Stelle deutlich gesagt. Wir wollen gleichzeitig auch etwas budgetieren lassen, das die Quartiere, die keine Weihnachtsbeleuchtung wie im Zentrum haben, auch zum Zug kommen. Und wir wollen Ihnen mit der Botschaft aufzeigen, was Sie ja immer schon gewünscht haben, was in der Vergangenheit für die alte und für die neue Weihnachtsbeleuchtung investiert wurde und was der Betriebsaufwand ist. Deshalb möchte ich Ihnen beliebt machen, warten Sie doch diese Botschaft ab, es dauert nicht mehr lange und Sie haben sie auf dem Tisch. Und wenn Sie heute diesem Streichungsantrag zustimmen, werden wir die Botschaft bringen, wenn Sie sie ablehnen, werden wir sie bringen, da haben Sie völlig recht, Sie werden so oder so darüber zu befinden haben. Das Versprechen habe ich Ihnen damals vor zwei Jahren gegeben, das Versprechen steht auch auf dieser Seite 177. Zweimal steht Botschaft. Also Sie können uns wirklich vertrauen, wir bringen eine Botschaft, wir bringen Ihnen die Transparenz, die Sie gefordert haben, und Sie haben die Möglichkeit, dort auch gezielt Anträge zu stellen. Ich würde Ihnen empfehlen, auf diese Botschaft zu warten und deshalb den Antrag der SVP abzulehnen.

Gemeinderat Christoph Keller (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Damit wir da nicht endlos diskutieren, wir müssen doch über Dinge abstimmen, wo wir die Details genau kennen, und darum möchte ich diesen Antrag zurückziehen. Es sollten die Fakten auf dem Tisch liegen. Aus unserer Sicht war das irgendwie unklar, und ich möchte nicht einen Antrag stellen, der unklar ist.

Gemeinderatspräsidentin Severine Hänni (SVP): Wir haben nun die Besprechung des Departements für Finanzen, Stadtentwicklung und Zentrales abgeschlossen. Da die Präsidentin wegen eines akuten Zuckermangels etwas unkonzentriert wird, machen wir jetzt 15 Minuten Pause. Es hat draussen Brötchen und Getränke.

Departement 2 Bau und Verkehr

Gemeinderat Stefan Leuthold (GLP), Referent im Namen der GPK Bau und Werke: Unsere GPK hat das Budget des Departements Bau und Verkehr an ihrer Sitzung vom 11. November ausführlich diskutiert. Der budgetierte Aufwand für das Jahr 2020 liegt bei 11.89 Millionen Franken und ist damit rund 125'800 Franken tiefer als das Budget des Jahres 2019. Die Begründung zu den wichtigsten Abweichungen in der Erfolgsrechnung ist in der Botschaft auf den Seiten 16 und 17 zu finden.

Grösste Posten auf der Aufwandseite sind der Transfer der Liegenschaftenverwaltung vom Finanzamt zum Amt für Hochbau und Stadtplanung und der Ausbau der Stadtbuslinie 5.

Beim Transfer der Liegenschaftenverwaltung zum Amt für Hochbau und Stadtplanung werden drei neue Stellen geschaffen. Eine zusätzliche Stelle als Facility Manager entsteht im Amt für

Freizeitanlagen und Sport. Diese Stellen sind Teil der städtischen Liegenschaftenstrategie, welche uns durch Stadtrat Elliker im Detail vorgestellt wurde. In den letzten 30 Jahren sei der Unterhalt der städtischen Liegenschaften mit 88 Wohnungen und diversen Gewerberäumen im Gesamtwert von rund 135 Millionen Franken vernachlässigt worden, viele Zuständigkeiten seien unklar geregelt gewesen. Deshalb bestehe nun auf mehreren Ebenen grosser Nachholbedarf. Mehrere Vertreter der GPK äusserten sich nach der Präsentation positiv und befürwortend zur Liegenschaftenstrategie. Auf den Seiten 26-28 der stadträtlichen Botschaft finden sich dazu ergänzende Informationen.

Auf der Ertragsseite wirken sich höhere Gebührenerträge für Bauberatung und Baubewilligungen aus. Zusätzliche Einnahmen entstehen durch den Kostenausgleich für den Parkplatzbau entlang von Strassen an das Tiefbauamt. Dies wird als Teil des Projekts Balance neu aus der Spezialfinanzierung Parkplatzbewirtschaftung gedeckt. Es handelt sich dabei nicht um neue Parkplätze, sondern um bestehende Parkplätze entlang von Strassen, welche im Zusammenhang mit Strassensanierungen ebenfalls saniert werden. Das Tiefbauamt erhält dafür einen Kostenanteil aus dieser Finanzierung.

Die folgenden Positionen wurden in der GPK näher besprochen:

Amt für Hochbau und Stadtplanung

21 Zentrale Dienste

2110.3010.00 Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals

Hier stellte die GPK ergänzende Fragen zum Stellenwachstum. Es handelt sich bei dieser Position um die eingangs erwähnten Stellen im Zusammenhang mit der Liegenschaftenstrategie. Diese sind ab Juli 2020 budgetiert, weshalb der Betrag von rund 250'000 Franken etwa die Hälfte dieser Löhne abbildet.

2111 Bauberatung und Baubewilligungen

4210.00 Baubewilligungsgebühren

Die Baubewilligungen werden neu in dieses Konto 4210.00 übertragen. Aufgrund der Anpassung der Gebührenverordnung rechnet Stadtrat Andreas Elliker gegenüber 2019 mit einem Mehrertrag von 210'000 Franken.

2112 Energieberatung

Ein Mitglied der GPK stellte die Frage, ob der geplante Stellenausbau um 50 % bei den Werkbetrieben auch den Energieberater betreffe, welcher bisher zu je 50 % beim Amt für Hochbau und Stadtplanung und bei den Werkbetrieben angestellt ist. Dies wurde verneint. In den Werkbetrieben wird eine bestehende Stelle um 50 % ausgebaut. Die Diskussion in der GPK zeigte auf, dass man in der Aufteilung der Stelle des Energieberaters auf zwei verschiedene Ämter Nachteile sieht. Stadtrat Elliker erläuterte, dass man sich bis jetzt noch nicht mit dieser Frage auseinandergesetzt habe, er das Thema aber prüfen werde.

2115 Fonds für erneuerbare Energien

3980.00 Interne Übertragungen

Hier konnten uns weder der zuständige Stadtrat noch der Finanzchef genau sagen, für welche Zwecke dieses zu ersetzende Fahrzeug verwendet wird, die Abklärung ist noch pendent, vermutlich erfahren wir es heute.

2120 Stadtplanung

3131.00 Planungen und Projektierungen Dritter

Hier wurde uns auf Anfrage bestätigt, dass die Projekte Innenverdichtung nach kantonalem Richtplan und Freiraumstudie nach Siedlungskonzept 2030 mit einem geschätzten Aufwand analog 2019 für das nächste Jahr budgetiert sind.

Amt für Tiefbau und Verkehr

2220 Verkehrsplanung

3132.00 Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten

Hier wollte ein GPK-Mitglied wissen, ob die Verkehrsplanung rückläufig sei. Gemäss Stadtrat Andreas Elliker rechnet man 2020 nicht mit einem grossen Vorstoss, weshalb dieser Betrag reduziert wurde.

2241 Stadtbus

3132.00 Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten

Im Hinblick auf die nächste Ausschreibung des Stadtbusbetriebs im Jahr 2023 wird der Einsatz von Elektrobussen geprüft. Wie uns Stadtrat Elliker erklärte, sind dafür vertiefte Abklärungen mit einer Praktikabilitätsstudie nötig, welche mit 60'000 Franken zu Buche schlägt. Einzelne GPK-Mitglieder empfanden den Betrag als hoch angesetzt.

2260 Abwasserentsorgung, Kläranlagen, Kanäle

3132.01 Honorare Leistungskataster

Hier wurde uns erklärt, dass 2019 die Nachführung des Abwasserkatasters zu hoch budgetiert wurde, dies wird nun für 2020 angepasst.

3632.11 Anteil Betriebskosten ARA

Seit 2018 ist diese Position deutlich angestiegen. Gemäss Finanzchef Reto Angehrn liegt der Grund in der erhöhten Abfuhrmenge in der ARA, was zu einem neuen Verteilschlüssel mit entsprechend höheren Kosten führt.

2390 Zentrale Dienste

3111.10 Anschaffung Fahrzeuge

Gemäss Auskunft von Stadtrat Elliker plant der Werkhof die Anschaffung eines Elektrolieferwagens mit Anhänger als Ersatz für einen bestehenden kleinen Dieseltraktor. Die Mehrkosten würden aus dem Fonds für erneuerbare Energie entnommen.

2341 Tierkörperbeseitigungsanstalt

Hier beanstandete ein GPK-Mitglied die hohen Erstellungskosten der neuen Sammelstelle, welche offenbar auch von Nachbargemeinden kritisiert werden. Diese Sammelstelle ist in den städtischen Investitionsprojekten mit 1.1 Millionen Franken budgetiert. Stadtrat Elliker begründete diese Kosten mit dem Umsetzen der modernen Standards, welche auch durch Vorgaben des kantonalen Veterinäramts verlangt wurden.

Investitionsrechnung

Im Rahmen einer Baustellenbegehung wurde die GPK im Vorfeld des Budgetprozesses über die einzelnen anstehenden Bauprojekte vor Ort informiert. Deshalb waren an der Sitzung zahlreiche Projekte bereits bekannt. Drei Punkte im gelben Planverzeichnis wurden aber nochmals angesprochen.

Projekt Nr. 4 (Investition 465 Grabenstrasse, unterer Graben bis Zürcherstrasse)

Ein GPK-Mitglied äusserte hierzu das Anliegen, die bestehende Einbahn für Radfahrende zu öffnen.

Projekt Nr. 9 (Investition 475 Murgstrasse – Metzgerstrasse):

Hier äusserte sich ein Mitglied der GPK positiv zur Prüfung einer Tempo-30-Zone.

Projekt Nr. 16 (Investition 489 Langsamverkehrskonzept, Vorbereitung Umsetzung)

Hier stellte Stadtrat Elliker der GPK auf Anfrage eines Mitglieds in Aussicht, dass dieses Projekt demnächst im Stadtrat behandelt werde.

Stadtrat Andreas Elliker (SVP): Entschuldigung, dass ich mich zu Wort melden muss, aber das ist mir jetzt sehr wichtig. Ich habe vorgängig sehr viele Fragen erhalten, wofür ich dankbar bin. Ich habe diese Antworten allesamt den Fraktionspräsidenten zugesendet. Zum Teil waren Aussagen, die ich in der GPK tätigte, falsch. Das steht in diesen Unterlagen. Ich bitte nun die Fraktionen, diese Informationen an die Mitglieder auch weiterzuleiten. Das ist mir ein grosses Anliegen. So können wir die gesamte Transparenz wahren und machen. Das ist mir ein grosses Anliegen. Es gibt zwei Sachen, die mir noch wichtig sind bezüglich Energiefonds.

Gemeinderat Frey hatte auch intensiven Austausch mit mir, das stand in diesem Mail, welches die Fraktionspräsidenten erhalten haben, dass es nicht erlaubt ist, aus dem Energiefonds Geld für die Ersatzanschaffung von Elektrofahrzeugen zu entnehmen, und der Stadtrat will dafür kein Präjudiz schaffen. Und es entspricht nicht dem Reglement. Also hat Gemeinderat Frey auch klar gesagt, er werde dann einen Antrag stellen, weil der Stadtrat nach Abgabe des Budgets nichts geändert hat. Das heisst, das Fahrzeug der Stadtgärtnerei im Friedhof, das mit 15'000 Franken budgetiert ist, wird gestrichen und bei der Anschaffung des Fahrzeugs des Werkhofs kann kein Geld aus dem Energiefonds entnommen werden, was korrekt budgetiert wurde. Ich möchte das jetzt vorwegnehmen und nicht erst bei der Kürzung kommen, so muss ich dann auch nichts dazu sagen, weil der Stadtrat dazu die Antwort schon gegeben hat. Ich danke Ihnen fürs Verständnis und bitte um eine gute Informationsweiterleitung. Wir nehmen uns das beim Stadtrat auch zu Herzen.

S. 21

1250.31.11.10 / 1250.4980.00 / 2115.3980

Gemeinderat Pascal Frey (SP), Referent im Namen der Fraktion SP und CH/Grüne/GLP:

Stadtrat Andreas Elliker hat es bereits gesagt. Ich stelle den Antrag auf Streichung der Entnahme von 15'000 Franken aus dem Energiefonds für die Mehrausgaben des geplanten Elektrofahrzeugs bei der Stadtgärtnerei. In Register 2 S. 21 Konto 1250.3111.10 ist eine Erhöhung um 15'000 Franken auf 55'000 vorzunehmen, in Konto 1250.4980.00 eine Erhöhung um 15'000 Franken auf 0 Franken und im Register 2 S. 58 Konto 2115.3980.00 eine Reduktion um 15'000 Franken auf 0 Franken.

Es geht hier nicht darum, ob wir die Ausgabe sinnvoll finden oder nicht. Es geht hier um die reglementarische Korrektheit. Wir haben vor einigen Jahren eine Abstimmung geführt, als Endergebnis ist das Reglement über den Fonds für erneuerbare Energien und Energieeffizienz der Stadt Frauenfeld (Energiefonds) entstanden. Darin steht zwar geschrieben, dass der Stadtrat über die Verwendung der Mittel des Energiefonds entscheiden kann, aber eben nicht einfach nach Gutdünken. Die eine Hälfte ist ja für nichtstädtische Projekte reserviert, die andere Hälfte

ist wie folgt zu verwenden. Ich zitiere das hier, damit wir alle es gehört haben und es für die nächste Zeit klar ist. "Die eine Hälfte der jährlichen Mittel des Energiefonds ist für die Erstellung von Photovoltaik- und Solarwärmanlagen auf stadteigenen Gebäuden, die energetische Optimierung der stadteigenen Liegenschaften sowie den Bau oder die Beteiligung an Anlagen zur Erzeugung und Nutzung anderer erneuerbarer Energien zu verwenden." Stadtrat Elliker hat es korrekt gesagt, daraus kann keine Entnahme für ein Elektrofahrzeug gedreht werden, egal wie lange man dreht. Wenn dem Stadtrat die Ideen in den letzten Jahren vielleicht gefehlt haben, soll das hier nicht in einer falschen Interpretation enden. Der Betrag ist deshalb zu streichen, wie wir es bereits bestätigt bekommen haben.

Damit auf dieses Budget, aber auch in Zukunft solche und allenfalls weitere sinnvolle Beträge oder Beiträge aus dem Energiefonds gesprochen hätten werden können, hätte das Reglement entsprechend geändert werden müssen, und zwar in kurzer Zeit. Der Stadtrat hat klar signalisiert, dass dies aufgrund der Kapazitäten unrealistisch ist. Dies können wir nachvollziehen, und da es sich auch nicht um einen riesigen Betrag handelt, auch finanzpolitisch verkraften. Da die Situation in beiden Räten nun erkannt ist, sind wir auch positiv, dass die Reglementsanpassung mit Einbezug aller Beteiligten ohne einen Umweg über einen kosten- und zeitintensiven Vorstoss zu machen ist. Wir gehen ausserdem davon aus, dass in Kürze mit dem Beginn der Umsetzung der Liegenschaftenstrategie der Fonds wieder zum Einsatz kommen wird. Die Liegenschaften – wir haben es gehört – benötigen zum Teil einen grösseren Unterhalt, eine energetische Sanierung wird im gleichen Zug allenfalls sinnvoll sein. Auch wenn wir über den Einsatz von alternativ betriebenen Bussen beim Stadtbus nachdenken, braucht es da einiges an erneuerbarer Energie, die bereitgestellt werden muss, damit der Einsatz der alternativen Antriebe möglichst CO2-sparend geschieht. Und falls der Stadtrat bis dahin noch einige Ideen braucht, wie die zurzeit über 3 Millionen abgestellten Franken sinnvoll eingesetzt werden könnten, gibt es im Saal und in der Bevölkerung sicher einige Ideenlieferant/innen.

Abstimmung

Der Antrag der Fraktion SP und CH/Grüne/GLP wird einstimmig angenommen.

Departement 3 Werke, Freizeitanlagen und Sport

Gemeinderätin Ursula Duewell (FDP), Referentin im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen: Amtsleiter Roman Brülisauer hat die GPK über die in 2020 geplanten Ausgaben und Investitionen kompetent informiert. Ein wichtiges Thema war natürlich die Verlegung der Abstimmung für die Badi vom Mai auf den September 2020. Die GPK begrüsst die Verschiebung und wird die Ausarbeitung der Botschaft mit zusätzlichen Sitzungen im Januar und März begleiten. Inputs der Fraktionen können also über die GPK frühzeitig einfließen.

Zum Budget 2020 gaben folgende Konten zu Diskussion Anlass:

Amt für Freizeitanlagen und Sport

3110.3010.00 Löhne der Verwaltung und des Betriebspersonals

Die Erhöhung des Budgets um rund 55'000 Franken ist durch die Zuteilung des Facility Managers für die städtischen Liegenschaften ab Juli 2020 begründet. 2021 muss entsprechend mit einer weiteren Erhöhung des Budgets gerechnet werden.

3131.40 Marketing

Die 2019 geplanten und budgetierten Projekte für 45'000 Franken konnten 2019 aus zeitlichen Gründen nicht umgesetzt werden und müssen deshalb nochmals budgetiert werden. Ziel ist, für alle Anlagen die Werbung zu verstärken, um die Auslastung zu erhöhen. Dazu wird ein einheitlicher Auftritt mit Wiedererkennungsmerkmalen für alle Anlagen geplant.

Bei den Sportanlagen sind folgende Positionen zu erwähnen:

Hallenbad

3120.3132.00 Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten

Bei diesem Konto wurde im Amt eine Budgetreduktion von -10'000 Franken beantragt. Leider wurde diese Position im System ohne Vorzeichen erfasst. Der konkrete Betrag wäre somit 10'000 Franken und nicht 30'000 Franken. Im Gegenzug wurde im Amt für Alter und Gesundheit ein Betrag mit minus anstelle von plus erfasst. Die Auswirkung dieser Erfassungsfehler auf das Gesamtergebnis ist nur geringfügig. Ein Antrag auf Kürzung dieser 20'000 Franken wäre zu unterstützen, würde aber zu keinen zusätzlichen Einsparungen führen, da nur Ausgaben für 10'000 Franken geplant sind.

Kunsteisbahn

3121.3130.00 Dienstleistungen Dritter

Im budgetierten Betrag von 35'000 Franken sind 15'000 Franken für die Aufarbeitung der Störfallverordnung und die Risikoabschätzung durch das Amt für Umwelt geplant und 20'000 Franken für externe Dienstleistungen wie Temporärmitarbeitende. Ursprünglich waren hier 10'000 Franken mehr budgetiert, diese wurden aber im Zuge der Einsparungen gestrichen.

Casino

3130.3144.00 Unterhalt Hochbau und Gebäude

Die Unterhaltsarbeiten in der Höhe von 113'400 Franken beinhalten sämtliche Servicearbeiten und den Umbau der Schalterschränke, welche von der Elektrokontrolle gefordert wurde.

Festhalle

3131.3144.00 Unterhalt Hochbau und Gebäude

Bei der Festhalle werden nur die auf jeden Fall notwendigen Reparaturen gemacht, damit die Sicherheit jederzeit gewährleistet werden kann. Mit weiteren Unterhaltsarbeiten wird bis zum Vorliegen der Liegenschaftenstrategie zugewartet.

Bei den Investitionen gab neben dem Badiprojekt vor allem das Gesamtkonzept für die Freizeit- und Sportanlagen zu diskutieren. Wir wurden informiert, dass das Konzept eine Ist-Aufnahme sämtlicher Anlagen, einen Massnahmenplan für künftige Angebote sowie eine Übersicht über den Sanierungsbedarf in den nächsten zehn Jahren beinhalten wird. Der Auftrag wird extern vergeben, da keine Kapazitäten innerhalb des Amtes zur Verfügung stehen. In der GPK wurde befürchtet, dass durch ein solches Konzept hohe Folgekosten ausgelöst werden. Der Amtschef wies jedoch darauf hin, dass ohne Konzept die Gefahr für Fehlinvestitionen bestehe.

Dem Budget 2020 des Departements Werke, Freizeitanlagen und Sport wurde mit 5 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt. An dieser Stelle möchte ich den zuständigen Stadträten, den Amtsleitern und der Amtsleiterstellvertreterin für die offene Diskussion und die gute Zusammenarbeit danken. Auch danken wir allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Departementen für die im vergangenen Jahr geleistete Arbeit.

Keine Voten seitens Gemeinde- oder Stadtrat.

Departement 4 Alter und Gesundheit

Gemeinderat Roman Fischer (GP), Referent im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen: Zusammenfassend kann man hier sagen, in diesem Departement fallen 385'000 Franken höhere Kosten an, davon sind 329'000 Franken gebundene Ausgaben und 56'000 Franken ungebundene.

Die ungebundenen Ausgaben beinhalten:

1. Etwa 30'000 Franken für die neue 60%-Stelle Case Management in der Krankenkassenstelle. Diese Stelle kann sich eigentlich selbst finanzieren, die schwarze Liste sollte kleiner werden, wir sollten weniger Sozialfälle haben. Allerdings ist zu sagen, das ist alles abhängig von der Beteiligung des Kantons an den Kosten und das kann von Jahr zu Jahr ändern.
2. Haben wir hier 10'000 Franken mehr Aufwendungen für die Aufstockung der Geschäftsstelle des Dachverbands Freiwilligenarbeit von 20 auf 30 %.
3. 20'000 Franken für das alle zwei Jahre stattfindende Freiwilligenfest.

Bei den gebundenen Ausgaben wurden die Auswirkungen der Steuerreform und AHV-Finanzierung (STAF) anlässlich der Budgetvorstellung bereits präsentiert. Der neue kantonale Beitrag an die ambulanten Pflegekosten wird durch Mehrausgaben in der Spitex und bei den stationären Spitalaufenthalten fast wieder neutralisiert.

Dann noch ein Detail, hier hat sich ein Fehler eingeschlichen. Bei den Löhnen bei 4110 Konto 3010.00 ist beim Übertragen ein Fehler passiert. Anstelle von 143'150 Franken hätte 153'150 Franken stehen sollen. Folglich müssen auch die sozialen Beiträge entsprechend angepasst werden, daraus ergibt sich eine Abweichung von rund 12'000 Franken.

Keine Voten seitens Gemeinde- oder Stadtrat.

Departement 5 Gesellschaft und Soziales

Gemeinderat Samuel Kienast (EVP), Referent im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen: Das Departement 5 Gesellschaft und Soziales wurde uns vorgestellt von der Stadträtin Barbara Dätwyler und den Amtsvorstehern Martin Gfeller und Markus Kutter. Die Ausgaben von gut 12 Millionen Franken sind exakt wie 2019 auch budgetiert trotz Lohnanstieg. In dem Sinn kann man von einem guten Budget sprechen. Die Ausgaben sind gut 2 Millionen Franken über der Rechnung von 2018. Es wurde uns erklärt, dass das Budget hoffentlich möglichst realitätsnah budgetiert wurde, allerdings ist das in diesem Departement doch recht schwierig, weil die Basis für die Budgetierung die Hochrechnungen vom August 2018 sind, kann doch vieles passieren, bis dann die Rechnungen auch wirklich bezahlt werden und die Ausgaben und Einnahmen klar auf dem Tisch liegen. Die Ausgaben und die Einnahmen sind in diesem Departement auch sehr stark abhängig von der Anzahl der Sozialfälle, von den Beiträgen, vom Zeitpunkt, wo die Beiträge hereinkommen. Es sind also ganz viele offene Punkte, dennoch ist natürlich die Hoffnung, dass es stimmig budgetiert ist.

In dem Zusammenhang wurde auch angesprochen, dass uns in Aussicht gestellt wurde, dass die Rechnung 2018 deutlich höher sein wird, nun dürfen wir aber 700'000 geringere Ausgaben erwarten. Zumindest zum Zeitpunkt der GPK-Sitzung, vielleicht hat sich das unterdessen schon geändert – das ist eben genau diese Sache, dass halt vieles nicht einfach zu budgetieren ist in diesem Departement.

Zum Amt für Soziale Dienste:

Bei uns in der Sitzung wurde gefragt zum Konto 5001 auf S. 101, an welche Organisationen diese Beiträge gehen. Ich erspare es Ihnen, sie alle aufzuzählen. Wir werden in der Rechnung eine detaillierte Liste erhalten, an wen die Beiträge gegangen sind. Wir von der GPK wurden da im Rahmen der Sitzung informiert.

Dann hatten wir eine kurze Frage zum Konto 501.5110 auf S. 101, den diversen Konten zu Unterstützung und Rückerstattung diverser Gruppen von Menschen, die Geld erhalten und unterstützt werden. Es wurde uns hier der komplizierte Vorgang erläutert, den ich dem Gesamtgemeinderat hier jetzt auch ersparen möchte. Einfach etwas möchte ich dazu sagen. Einen Unterschied gibt es bei den Einnahmen und den Ausgaben, dass nämlich die Einnahmen häufig in Pauschalen kommen und die Ausgaben den effektiven Aufwänden entsprechen. Und da kann mal zum Positiven oder mal zum Negativen eine Differenz entstehen.

Dann wurden uns die Zwecke der Fonds unter 5113 und 5114 erläutert. Da könnt ihr auch im Protokoll nachlesen oder uns fragen, wenn ihr Informationen dazu möchtet.

Ein längeres Gespräch hatten wir zur Personalsituation in der Berufsbeistandschaft Konto 5120. Der Ausgang dazu waren die 500'000 Franken Mehrkosten, die auch in der Botschaft auf S. 8 im Ausblick auf die Rechnung beschrieben sind plus damit verbunden die se 60%-Stellenerhöhung in diesem Bereich. Es wurde uns erklärt, es sei das Problem, dass wir früher schon sahen, dass in der Berufsbeistandschaft die Belastung der Mitarbeitenden sehr hoch war in den vergangenen Jahren, indem sie sehr viele Fälle auf dem Tisch hatten, die sie bearbeiten mussten. Eine Folge davon waren einige Ausfälle, die durch teure Ersatzarbeitskräfte kompensiert werden mussten. Das ist dann eben diese halbe Million, die da ausgegeben werden musste. Zudem wurde in die Neuorganisation des ganzen Bereichs investiert und eine Folge davon ist eben diese 60%-Stelle, die im KV-Bereich anzusiedeln ist, die die Menschen, die in der Berufsbeistandschaft arbeiten, von der Büroarbeit entlastet. Der Amtsleiter ist überzeugt, dass dieser Bereich nun gut organisiert und gut aufgestellt ist. Im Moment stehen sie bei 75 Fällen pro 100%-Arbeitsstelle und das ist eine gute Situation, die sie auch handeln können. Es sind in den letzten Monaten auch keine krankheitsbedingten Ausfälle mehr vorgekommen in diesem Departement. Das hat uns positiv gestimmt, dass man da auf einem guten Weg ist.

Dann noch zum Amt für Gesellschaft und Integration:

Da hatten wir wenige Fragen, aber eine kleine Korrektur beim Konto 5201.3010.09 Erstattung des Lohns des Verwaltungs- und Betriebspersonals. Da wurde ein kleiner Strich falsch gesetzt. Es heisst statt 8'000 Franken -8'000 Franken. Das gibt einen Fehlbetrag von 16'000 Franken, aber wir haben auf ein lachsfarbenes Papier verzichtet, weil es doch ein eher geringer Betrag und keine Ungereimtheit, sondern lediglich ein Schreibfehler ist.

Weitere Fragen hatten wir zu kleinen Posten, die muss ich da nicht alle erläutern. Ich darf herzlich danken für die gute Arbeit im Departement, auch die gute Berichterstattung. Unsere GPK hat dem Budget mit 5 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

Keine Voten seitens Gemeinde- oder Stadtrat.

Finanzplan 2021-2023

Keine Voten seitens Gemeinde- oder Stadtrat.

Finanzkennzahlen

Keine Voten seitens Gemeinde- oder Stadtrat.

Budget der Werkbetriebe 2020

Gemeinderat Stefan Geiges (CVP), Referent im Namen der GPK Bau und Werke: Zuerst eine allgemeine Bemerkung. Die Werkbetriebe sind in Zeiten der Klimadiskussion ein Schlüsselressort jeder Stadt. Alles, was mit Umwelt zu tun hat, hat auch mit Energie zu tun. Dieser Umstand macht den Alltagsbetrieb unserer Werkbetriebe nicht einfacher, stehen doch unsere Werkbetriebe in verschiedenen Bereichen in einer Neuausrichtung.

Unsere GPK hat das Budget der Werkbetriebe am 11. November 2019 eingehend beraten. Die Unterlagen sind auf 85 Seiten dargestellt. Vor der Beratung wurden wir durch Stadtrat Fabrizio Hugentobler, den Leiter der Werkbetriebe Peter Wieland sowie den kaufmännischen Leiter Michael Gemperle über den aktuellen Zustand der Werkbetriebe umfassend informiert. Anwesend waren dabei u.a. auch Sascha Rohner als Teamleiter Finanzen und Controlling sowie Peter Angehrn. Neben den Zahlen wurden wir auch mit Hintergrundinformationen betraut. Sie waren für die GPK wertvoll im Sinn einer Gesamtbeurteilung. Im Rahmen der Beratung standen uns die Herren ebenfalls zur Verfügung. Die personellen Ressourcen der Werkbetriebe sind am Limit mit all ihren Aufgaben der von uns gestellten Wünschen.

Neu wird das Budget zum ersten Mal mit HRM2 erstellt. Hier bleibt die Bemerkung erlaubt, man hat unseren Gemeinden ein Rechnungssystem aufgezwungen, das mit Sicherheit weit über das Ziel hinausschiesst, was den Detaillierungsgrad betrifft. Es wurde angeregt, dass auch in der Rechnung der Werkbetriebe Bemerkungen gleich auszuführen sind wie in der Stadtrechnung, also auf der Seite. Dem wollen die Verantwortlichen nachkommen.

In der GPK wurden folgende Positionen näher besprochen:

Mitgliedschaft bei den verschiedenen Verbänden: Diese werden vor allem mit der Tatsache begründet, dass man nur durch diese Mitgliedschaften an Informationen kommt, welche man für den Betrieb der Werkbetriebe benötigt. Neben den Informationen geht es auch darum, dass man auf gemeinsame Zielvereinbarungen eingehen kann.

Ebenfalls ein grosses Thema war die Aufwertung des Verwaltungsvermögens. Hier verweise ich auf die Ausführungen meines Kollegen Peter Hausammann. Als Präsident der GPK Finanzen und Administration hat er dies bereits erläutert. Ich danke ihm auch persönlich für sein grosses und kompetentes Engagement in dieser Sache.

Schliesslich hat auch die Energiefachstelle zu Diskussion Anlass gegeben. Hierzu haben die Mitglieder der GPK verschiedene Positionen bezogen. Die Werkbetriebe selber sehen sich aber immer stärker in der Rolle eines Energieberaters, und das besonders auch für die Wirtschaft.

Zusammenfassend kann gesagt werden, das Budget der Werkbetriebe sagt einen Gewinn von 2.5 Millionen Franken voraus. Beim Strom wird mit einem Anstieg der Einnahmen von 22.7 Millionen Franken auf 23.2 Millionen Franken gerechnet und beim Erdgas sogar von 16.6 Millionen Franken auf 20 Millionen Franken. Strom und Gas machen also miteinander mehr als 43 Millionen Franken Umsatz.

Erfolgsrechnung

S. 6

7 Umweltschutz und Raumordnung

Auf Anfrage hin wurde uns erläutert, dass unter dem Titel Umweltschutz und Raumordnung das Wasserwerk gemeint ist.

S. 7

0220 Allgemeine Dienste

3130.03 Kontospesen 22'000 Franken

Hier wollte ein GPK-Mitglied wissen, was dies genau für Spesen sind. Reto Angehrn erklärte, dass es sich um normale Kontospesen handelt, die man der Bank bezahlen muss, dazu kommen auch die Kosten für die bei Einzahlung mit einem roten Einzahlungsschein anfallenden oder auch Kosten für die Nachverfolgungen und Recherchen, wenn Zahlungen nicht nachgewiesen werden können.

S. 12

4711 Elektrizitätsnetz

3707.01 Abgabe an das Gemeindewesen

Auf die Frage hin, wieso so viel aus dem Strom und so wenig aus dem Erdgas kommt, erklärte Peter Wieland, dass man diese Aufteilung zum ersten Mal so vornimmt, wie das im neuen Reglement vorgeschlagen wird.

S. 13

7220 Erdöl, Erdgas

Bei diesem Punkt fragte ein GPK-Mitglied, warum das Biogas nicht einzeln aufgeführt wird. Peter Wieland erklärte, dass der Anteil Biogas zurzeit extrem klein ist. Der Teamleiter Finanzen und Controlling Sascha Rohner ergänzte, dass es kein eigenes Konto für Biogas gibt. Man könne das ja bei den Erläuterungen vermerken. Hier ist zu sagen, dass der Biogasanteil in der Schweiz bis 2030 rund 30 % betragen soll.

S. 14

8721 Gasversorgung

4240.46 Mengengebühr Gas / 4250.78 Gasverkauf

Hier präziserte Sascha Rohner, dass der Gasverkauf die Energiemenge sei und die Mengengebühr die Kapazität der Gasleitung.

Investitionsrechnung

Hier wurde in der GPK u.a. der allfällige Ausbau des Gasnetzes hinterfragt. Dazu sagten die Werkbetriebe Folgendes: Es gibt keinen aktiven Ausbau des Gasverkaufs. Wer aber einen neuen Gasanschluss wünscht, bekommt ihn auch.

Zum Finanzplan erfolgten in der GPK keine Wortmeldungen. Dies weil es gut genug dokumentiert ist oder viele Projekte mit dem Departement Tiefbau zusammenhängen.

Im Namen der GPK bedanke ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Werkbetriebe für ihren Einsatz zugunsten unserer Stadt, insbesondere bedanken wir uns bei allen Mitwirkenden, die zu diesem Budget beigetragen haben. Namens der einstimmigen GPK beantrage ich, das Budget 2020 der Werkbetriebe zu genehmigen.

Keine Voten seitens Gemeinderat.

Stadtrat Fabrizio Hugentobler (FDP): Ich möchte mich ganz herzlich bedanken für die wohlwollenden Worte des GPK-Präsidenten. Wir stellen auf HRM2 um, das fordert uns und hat uns auch bereits schon in diesem Jahr geholfen, dass wir innerbetriebliche Entwicklungen bereits besser vorantreiben konnten, resp. auch dem Energiemarkt besser begegnen konnten.

Erlauben Sie mir einen zweiten Einschub, das betrifft die Gasmarktöffnung. Das Budget wurde vor der Gasmarktöffnung erstellt und die Öffnung des Schweizer Gasmarkts wird die Werkbe-

triebe in Zukunft sicher auch zahlenmässig beschäftigen. In welchem Ausmass wird sich dann weisen.

Ich möchte an dieser Stelle – und ich weiss, das passt nicht ganz zum Budget, und trotzdem erlaube ich mir, es hier anzubringen – auf den 15. Januar hinweisen. Wir nehmen den Ausfall der Gemeinderatssitzung als Chance und laden alle Gemeinderätinnen und Gemeinderäte recht herzlich in die Werkbetriebe ein, damit wir Sie direkt informieren können. Die Teilnahme ist freiwillig, aber Sie können daran teilnehmen und haben nicht bereits schon einen zusätzlichen Abend in 2020 verplant. Das ist ein Angebot an Sie. Ich nutze dies jetzt und habe so geschlossen.

Budget 2020 Alterszentrum Park

Gemeinderätin Christa Zahnd (SVP), Referentin im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen: Die vier Teilrechnungen wurden uns an der GPK-Sitzung vom 14. November 2019 von Stadträtin Elsbeth Aepli-Stettler und der Leiterin Finanzen und Administration im Alterszentrum Park Frau Ruth Gerber transparent und aufschlussreich vorgestellt. Bei einem Gesamtumsatz von rund 20 Millionen Franken sieht das Gesamtbudget ein Plus von rund 350'000 Franken vor. Dass die Gewinnverteilung bereits budgetiert wurde, sieht Finanzchef Reto Angehrn als Vorteil. Zudem ist in der Botschaft auf S. 51 gemäss den Finanzkennzahlen zu erkennen, dass der Selbstfinanzierungsgrad mit 97 % hoch ist. Trotz des budgetierten Gewinns darf nicht ausgeruht werden. Der Personalaufwand ist höher als in Vorjahren, dies vor allem wegen des erhöhten Pflegebedarfs der Bewohnerinnen und Bewohner. Zurzeit sind keine Tarifierhöhungen geplant, je nach Entwicklung im Haus Ergaten-Talbach aber Mitte des nächsten Jahres nicht auszuschliessen. Bei der Besoldung in der Teilrechnung Ergaten-Talbach wurde für das Jahr 2019 zu tief budgetiert. Die Erhöhung um 65'000 Franken ist auf Krankheitsfälle zurückzuführen. Die Krankheitsausfälle häufen sich leider in den Bereichen Reinigung, Küche und Pflege. Für diese Ausfälle wurde ein Springerpool aufgebaut und im Budget finanzielle Mittel eingestellt. Dadurch anfallende Überstunden, welche 60 Stunden überschreiten, werden ausbezahlt. Die Belegung des Alterszentrums Park ist sehr gut. Es gibt Wartelisten. In der Regel können aber die Patienten aus dem Spital übernommen werden, auch wenn sie nicht auf der Warteliste sind. Der Austausch der Koordinationsstelle mit dem Spital läuft hier sehr gut.

Der Gewinn in der Parksiedlung Talacker ist auf die Ablösung von Hypotheken zurückzuführen und von den Zinsen abhängig. Die Belegung ist wieder auf 98 %. Nicht zu vergessen bleibt aber, dass in Frauenfeld in naher Zukunft neue Alterswohnungen geplant sind.

Die Kosten im Tageszentrum sind optimistisch und ohne Unterstützung vom Förderverein budgetiert. Hier können ein Eigenanteil zur Pflege und Tagespauschalen verlangt werden.

Abschliessend darf ich im Namen der GPK sicher anmerken, dass das Alterszentrum Park stets am Ball ist und alle einen guten Job machen. Die Grösse der Anlage ist nicht zu unterschätzen und teils ähnliche Angebote in Frauenfeld werden nicht weniger.

Finanzplan 2021-2023 (lachsfarbenedes Papier)

Keine Voten seitens Gemeinde- und Stadtrat.

Stellenplan

Keine Voten seitens Gemeinde- oder Stadtrat.

Rückkommen

S. 29

3101.00 Weihnachtsbeleuchtung

Gemeinderat Christoph Tschanen (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Wir beantragen bei diesem Konto eine Reduktion von 55'000 Franken von jetzt 80'000 Franken auf neu 25'000 Franken, somit wir die Investitionen dort stoppen und dann auf die Botschaft gespannt sind.

Gemeinderat Pascal Frey (SP), Referent im Namen der Fraktion SP: Ich denke, wir haben das vorhin mehr oder weniger schon so abgehandelt. Wir warten auf die Botschaft. Ich persönlich werde entsprechend gegen den Antrag aufstehen und bitte Sie, das auch zu tun, damit wir das sauber durchdiskutieren und allenfalls da Streichungsanträge stellen können.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Die Botschaft ist sozusagen geschrieben. Sie wird nächste Woche im Stadtrat besprochen, vielleicht dann Anfang Januar nochmals. Dann kommt sie. Und dort haben Sie dann die einzelnen Positionen der Weihnachtsbeleuchtung so aufgeführt, und mit Anträgen können Sie dort auch gezielt Einfluss nehmen. Ich würde deshalb beliebt machen, dass Sie den Antrag jetzt ablehnen, was nicht heisst, dass Sie nachher den Anträgen des Stadtrats im Rahmen der Botschaft allen zustimmen müssen. Sondern dort können Sie wirklich gezielt und im Wissen, wozu Sie ja oder nein sagen, Stellung nehmen. Die Diskussion hat ja in der GPK nur am Rand stattgefunden und auch hier nur am Rand. Ich würde deshalb wirklich empfehlen, dies im Zusammenhang mit einer Botschaft ausführlich zu diskutieren.

Abstimmung

Der Antrag der SVP/EDU wird mit 20 Ja-Stimmen gegen 14 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen.

Schlussabstimmung

Antrag 1 wird mit 38 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme angenommen.

Antrag 2 wird mit 35 Ja-Stimmen gegen 4 Nein-Stimmen angenommen.

Antrag 3 wird einstimmig angenommen.

Antrag 4 wird einstimmig angenommen.

Antrag 5 wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

Gemeinderatspräsidentin Severine Hänni (SVP): Die Budgets der Stadtverwaltung, der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park für das Jahr 2020 dieses Beschlusses unterstehen dem Behördenreferendum und dem fakultativen Referendum gemäss Art. 11 der Gemeindeordnung. Wer sich für ein Behördenreferendum aussprechen möchte, erhebe sich bitte jetzt vom Sitz. – Das scheint nicht der Fall zu sein. Die Referendumsfrist für die Stimmberechtigten beginnt demzufolge am 12. Dezember 2019 und endet am 27. Januar 2020.

Somit sind wir am Ende der heutigen Debatte angelangt. Die eingangs erwähnte Motion von Gemeinderat Alfred Bloch wurde mit 16 Stimmen eingereicht.

Die nächste Gemeinderatssitzung findet am 19. Februar 2020 um 18 Uhr statt.

Ich danke dem Team der Stadtgärtnerei und dem Team der Stadtkanzlei für die Vorbereitung und die Verschönerung der Sitzung. Ein spannendes politisches Jahr mit vielen Veränderungen neigt sich dem Ende zu. Wir haben alle viel geleistet und haben uns nun eine Pause verdient. Ich freue mich, euch alle im neuen Jahr frisch gestärkt wieder im Rat begrüßen zu dürfen. In diesem Sinn wünsche ich Ihnen allen eine besinnliche Adventszeit und ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr und danke vielmals für das Verständnis, dass es bei vier Stunden auch mal einen Versprecher beinhalten darf. Ich erkläre die Gemeinderatssitzung für geschlossen.

- - -

Schluss der Sitzung: 20:00 Uhr

* * *